

Inhalt

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit	175
Organisation und Führungsstruktur der Bank	175
<i>Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre</i>	175
<i>Organigramm per 31. März 2004</i>	176
Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2003/04	177
<i>Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen</i>	177
<i>Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken</i>	178
<i>Repräsentanzen</i>	183
<i>Institut für Finanzstabilität (FSI)</i>	185
Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse	186
<i>Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)</i>	186
<i>Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS)</i>	188
<i>Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS)</i> ..	189
<i>Märkteausschuss</i>	190
<i>Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG)</i> .	191
Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich	191
<i>Zehnergruppe (G10)</i>	191
<i>Forum für Finanzstabilität (FSF)</i>	191
<i>Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS)</i>	192
<i>Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI)</i>	193
Finanzdienstleistungen der Bank	194
<i>Bankdienstleistungen</i>	194
<i>Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2003/04</i>	195
<i>Die Bank als Agent und Treuhänder</i>	197
Institutionelles und Administratives	197
<i>Erweiterung des Mitgliederkreises</i>	197
<i>Rücknahme der von Privataktionären gehaltenen Aktien</i>	198
<i>Verwaltung der Bank</i>	199
Der Reingewinn und seine Verwendung	201
<i>Reingewinn</i>	201
<i>Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns</i>	202
<i>Zuweisungen an die statutarischen Reserven der Bank durch Änderungen am 31. März 2003</i>	203
<i>Bericht der Buchprüfer</i>	204
Verwaltungsrat und oberste Führungsebene	206
Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene	207
Mitgliedszentralbanken der BIZ	209

Jahresabschluss	211
Bilanz	212
Gewinn- und Verlustrechnung	213
Vorgeschlagene Gewinnverwendung	214
Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank	214
Veränderungen des Eigenkapitals der Bank	215
Anmerkungen zum Jahresabschluss	216
Bericht der Buchprüfer	234
5-Jahres-Überblick	235

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit

Dieses Kapitel skizziert die interne Organisation und Führungsstruktur der BIZ und blickt auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten internationalen Gremien im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen aus dem Finanzbereich sowie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Zentralbankkunden.

Organisation und Führungsstruktur der Bank

Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist eine internationale Organisation, die die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank dient. Sie hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und eine in Mexiko-Stadt. Gegenwärtig sind bei der Bank 549 Personen aus 44 Ländern beschäftigt.

Die BIZ erfüllt ihre Aufgaben als:

- Forum zur Förderung des Austauschs und zur Erleichterung der Entscheidungsfindung unter Zentralbanken und in internationalen Finanz- und Aufsichtskreisen
- Zentrum für Währungs- und Wirtschaftsforschung
- erste Adresse für die Finanzgeschäfte von Zentralbanken
- Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen

Die Bank umfasst drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Diese werden ergänzt durch den Rechtsdienst, die Interne Revision und das Risikocontrolling sowie durch das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Weitergabe von Standards und Praxisempfehlungen an die Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

Die Bank stellt auch das Sekretariat für verschiedene Ausschüsse und Organisationen, die sich für die Förderung der Stabilität im Finanzbereich einsetzen. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und der Märkteausschuss wurden im Laufe der vergangenen 40 Jahre von den Präsidenten der G10-Zentralbanken eingesetzt und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten.

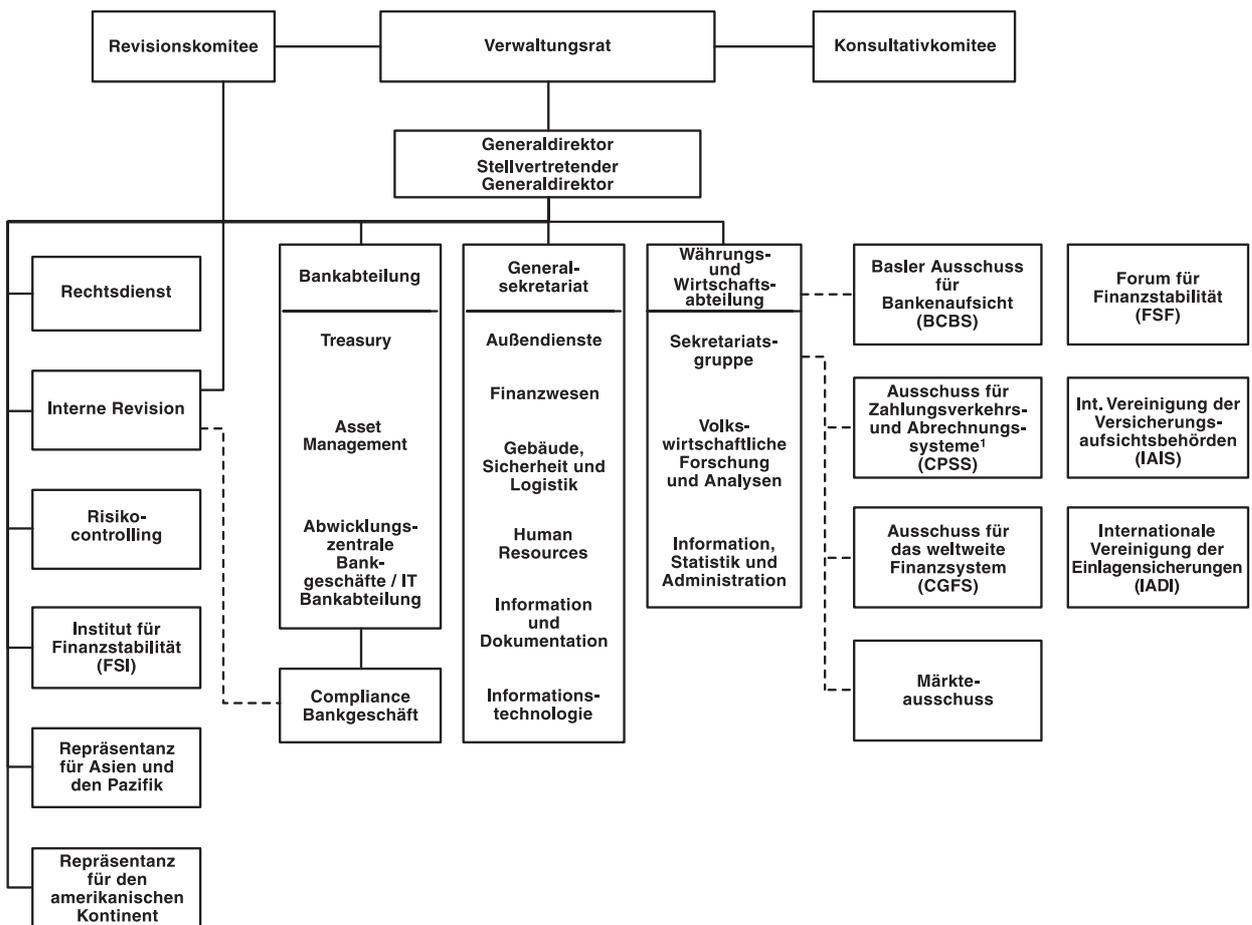
Andere bei der Bank angesiedelte Sekretariate arbeiten für unabhängige Organisationen, die weder der BIZ noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt

unterstellt sind: das Forum für Finanzstabilität (FSF), die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) und die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI).

Die drei wichtigsten Entscheidungsgremien der Bank sind:

- die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken; hier sind derzeit 55 Zentralbanken oder Währungsbehörden stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt und ist der Anlass für das größte Zentralbanktreffen bei der BIZ. 2003 waren 104 Zentralbanken vertreten, davon 79 durch ihren Präsidenten. Zudem nahmen Delegierte von 20 internationalen Organisationen teil.
- der Verwaltungsrat, der gegenwärtig 17 Mitglieder umfasst und den das Revisionskomitee und das Konsultativkomitee, denen bestimmte Verwaltungsratsmitglieder angehören, bei der Ausübung seiner Funktion unterstützen.

Organigramm per 31. März 2004



¹ Das CPSS-Sekretariat ist auch für die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG) zuständig.

- die Direktion, die sich aus Mitgliedern der obersten Führungsebene der Bank zusammensetzt.

Die Mitgliedszentralbanken, die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank sowie jüngste Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene sind am Ende dieses Kapitels aufgeführt.

Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2003/04

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Die Sitzungen der Präsidenten und hochrangigen Mitarbeiter von Zentralbanken, die alle zwei Monate – zumeist in Basel – abgehalten werden, sind das wichtigste Instrument für die Bank, um die internationale Zusammenarbeit im Finanzbereich zu fördern. Sie sind eine Gelegenheit, die Lage der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten zu erörtern und Gedanken zu aktuellen Themen oder Anliegen von besonderem Interesse für Zentralbanken auszutauschen. Im November 2003 war die Bank of Thailand in Bangkok Gastgeber.

Die jüngsten Entwicklungen an den globalen Märkten, ihre Trendeinflüsse und Bestimmungsfaktoren (in den übrigen Kapiteln dieses *Jahresberichts* erörtert) standen in den Gesprächen der Zentralbankpräsidenten bei den regelmäßigen Sitzungen in der BIZ im Mittelpunkt. Die Weltwirtschaftssitzung (Global Economy Meeting) war das wichtigste Forum für den Gedankenaustausch unter den Zentralbankpräsidenten der größten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften zur aktuellen Wirtschaftslage. Damit verbundene konjunkturelle Fragen sowie Themen im Zusammenhang mit der Arbeit der bei der BIZ angesiedelten ständigen Ausschüsse der Zentralbanken wurden in den Sitzungen der G10-Zentralbankpräsidenten diskutiert.

Die Sitzungen, an denen sämtliche Gouverneure der BIZ-Mitgliedszentralbanken teilnehmen, konzentrierten sich wie üblich eher auf strukturelle Fragen der Währungs- und Finanzstabilität, darunter vor allem:

- Währungsintegration in Europa: Herausforderungen für Mitteleuropa
- Preise für Wohneigentum: Auswirkungen auf Geldpolitik und Finanzstabilität
- Verhinderung von Währungsaufwertungen und die Akkumulation von Reserven: Folgen für das inländische Finanzsystem
- Widerstandsfähigkeit von Finanzmärkten und -instituten: Was hat sich geändert?
- Haben fiskalpolitische Regeln versagt? Konsequenzen für Zentralbanken

Seit Januar 2004 gibt es eine neue Sitzung von Zentralbankpräsidenten, mit der den spezifischen Bedürfnissen der Zentralbanken aus aufstrebenden Volkswirtschaften und kleineren Industrieländern Rechnung getragen werden soll. Sie dient vor allem zur Information über die Aktivitäten der verschiedenen Ausschüsse, an deren Arbeit diese Zentralbanken nicht direkt beteiligt sind, sowie als Diskussionsforum für spezielle Anliegen dieser Länder. Anfang 2004 wurden drei Informationsveranstaltungen über die Tätigkeit der Ausschüsse

organisiert. Thema der ersten Veranstaltung war eine CGFS-Studie über ausländische Direktinvestitionen im Finanzsektor aufstrebender Volkswirtschaften. Bei der zweiten Veranstaltung wurde über die abschließenden Arbeiten des BCBS an der neuen Eigenkapitalregelung (bekannt als „Basel II“) berichtet. Die dritte Veranstaltung befasste sich mit der Arbeit des CPSS.

Bei den informellen Gesprächen zwischen den Zentralbankpräsidenten und hochrangigen Vertretern von anderen Instanzen des Finanzbereichs und aus dem privaten Finanzsektor standen die gemeinsamen Interessen des öffentlichen und des privaten Sektors bei der Förderung solider, gut funktionierender Finanzmärkte im Mittelpunkt. Im Berichtszeitraum waren die Folgen der Ausbreitung von Instrumenten zur Kreditrisikoübertragung für das Finanzsystem ein wichtiges Thema.

Unabhängig von diesen alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen der Zentralbankpräsidenten organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken verschiedene andere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen zu Themen der Währungs- und Finanzstabilität. Die regelmäßigen Sitzungen 2003/04 waren:

- die zweimal im Jahr stattfindenden Sitzungen der Volkswirte der Zentralbanken. Im Oktober 2003 ging es dabei um die Herausforderungen für die Zentralbanken in einem Umfeld niedriger und vergleichsweise stabiler Inflation, struktureller Verbesserungen auf der Angebotsseite und liberalisierter Finanzmärkte.
- die Seminare zur Geldpolitik. Ursprünglich ausschließlich auf die größeren Industrieländer ausgerichtet, finden diese nun jedes Jahr auch in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika statt.
- die Sitzung der stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften. Thema waren in diesem Jahr die geld- und währungspolitischen Konsequenzen der Globalisierung der Finanzmärkte.

Zu besonderen aktuellen Fragen wurden zwei Ad-hoc-Treffen organisiert. Im Juni 2003 kamen die Zentralbankpräsidenten von aufstrebenden Volkswirtschaften anlässlich der Generalversammlung der Bank zusammen, um mögliche Maßnahmen im Falle von Schwierigkeiten bei der Auslandsfinanzierung zu diskutieren. Im September führten in Mexiko-Stadt hochrangige Mitarbeiter von Zentralbanken kleiner offener Volkswirtschaften in der westlichen Hemisphäre ein Gespräch am runden Tisch über verschiedene zentralbankrelevante Themen.

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Forschungsarbeit

Hintergrundmaterial für die Sitzungen der Zentralbankvertreter und Sekretariatsdienstleistungen für die Ausschüsse sind nicht der einzige Beitrag der BIZ zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich. Die Bank führt auch selbst detaillierte Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die

Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht* und den *Quartalsbericht*, in die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Publikationen wie z.B. Fachzeitschriften ein. Dass die Beziehung zur Wissenschaft durch gemeinsame Forschungsarbeiten und Konferenzen enger wird, ist ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der Qualität dieser Arbeit und begünstigt weitere relevante Studien.

Diese Forschungstätigkeit deckt natürlich ein sehr breites Themenspektrum ab, doch aufgrund der kürzlich bewusst gewählten längerfristigen Optik werden vor allem drei Gebiete beleuchtet, denen die BIZ besondere Bedeutung beimisst:

- die Beziehung zwischen Währungs- und Finanzstabilität
- die Spannungen und Komplementärwirkungen zwischen den verschiedenen Ansätzen zur Förderung der Finanzstabilität: Ansätzen, die auf die einzelnen Institute ausgerichtet sind, und Ansätzen, bei denen das Finanzsystem als Ganzes im Zentrum steht
- das Funktionieren der Märkte allgemein

Im vergangenen Jahr beschäftigte sich die BIZ in einer Reihe von Artikeln mit Hypothesen zu der sich wandelnden Interaktion von Währungsstabilität, Finanzstabilität und Konjunkturzyklus. Diese Artikel leisteten einen Beitrag zu einem grundlegenden Rahmenkonzept, das die Beziehung zwischen institut- und systemorientierten Aufsichtsansätzen zur Sicherung der Finanzstabilität berücksichtigt. Außerdem untersuchten sie mögliche Messmethoden für Änderungen der Risikobereitschaft und deren Einfluss auf die Marktdynamik sowie die Bestimmungsfaktoren von Marktliquidität, insbesondere bei Anspannungen. Mehrere Artikel beschäftigten sich themenübergreifend auch mit den Bestimmungsfaktoren und Folgen der Entwicklung bei den Immobilienpreisen.

Neben der Intensivierung ihres Programms für Gastwissenschaftler organisierte die BIZ eine Reihe von Konferenzen, um den Kontakt zu wissenschaftlichen Kreisen zu pflegen, so etwa eine Konferenz zum Thema Währungsstabilität, Finanzstabilität und Konjunkturzyklus im Frühjahr 2003. Im Oktober 2003 veranstaltete die Bank zusammen mit der Federal Reserve Bank of Chicago eine Konferenz über Marktdisziplin, ihre theoretischen Grundlagen und die vorhandenen Belege über ihre Wirksamkeit in verschiedenen Ländern und Wirtschaftszweigen. Im Juni 2004 schließlich fand eine Konferenz über Niedriginflation und Deflation statt.

Kooperation im Bereich Statistik

Um die weltweiten wirtschaftlichen, monetären und finanziellen Entwicklungen stetig verfolgen zu können, benötigen Zentralbanken aktuelle, umfassende und international vergleichbare statistische Daten. Hier unterstützt die BIZ sie auf verschiedene Weise.

Im Rahmen der BIZ-Datenbank tauschen Zentralbanken laufend eine breite Palette von Wirtschafts-, Währungs- und Finanzdaten aus. Im vergangenen Jahr wurden drei weitere Zentralbanken Mitglieder der Datenbank, die nun 33 Länder aus allen großen Regionen abdeckt. Auch inhaltlich wurde die

Datenbank erneut erweitert und erfasst nun auch Indikatoren für systemorientierte Aufsicht, Rechnungslegungsdaten und Immobilienpreise.

Über die Infrastruktur der Datenbank tauscht die BIZ ihre internationalen Finanzstatistiken in elektronischer Form mit den Zentralbanken aus. Im letzten Jahr waren es bereits 38 Zentralbanken, die aggregierte nationale Daten über das globale Kreditgeschäft der international tätigen Banken in ihrem Land meldeten. Die BIZ fasst diese Daten zu globalen Statistiken zusammen und veröffentlicht sie in ihrem *Quartalsbericht* und auf ihrer Website. Ergänzt werden diese Statistiken durch Quartalsdaten über die Auslandsforderungen der Banken in inländischem Eigentum auf weltweit konsolidierter Basis, die von inzwischen 30 Zentralbanken erhoben werden.

Von den Zentralbanken der G10-Länder, deren Banken aktiv am Markt für außerbörsliche Derivate teilnehmen, werden über die BIZ alle sechs Monate aggregierte Daten zu den Derivatmärkten erhoben, zusammengestellt und veröffentlicht. Auf Empfehlung des CGFS erarbeiteten die BIZ und die berichtenden Zentralbanken im vergangenen Jahr Richtlinien für die Einbeziehung von Credit Default Swaps in diese Statistiken. Die Datenerhebung beginnt Ende 2004, und erste Gesamtergebnisse sollen Ende des Frühjahrs 2005 verfügbar sein.

Es wurde vereinbart, eine weitere 3-Jahres-Erhebung zum Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten durchzuführen. 52 Zentralbanken – mehr als je zuvor – haben zugesagt, Daten über den Umsatz im April 2004 und über die Ende Juni 2004 ausstehenden Beträge zu erheben. Im September 2004 will die BIZ die vorläufigen Gesamtergebnisse zu den Umsätzen und zwei Monate später die Daten zu den ausstehenden Beträgen veröffentlichen.

Neben dem technischen Support sowie der Unterstützung bei der Qualitätskontrolle der Daten für die Datenbank und die internationalen Finanzstatistiken stellen die Mitarbeiter der BIZ den Zentralbanken auch ihre methodischen Kenntnisse zur Verfügung, entweder auf bilateraler Ebene oder durch die Beteiligung an verschiedenen internationalen Treffen im Bereich Statistik. Im Rahmen der Vorbereitungen des *Compilation Guide on Financial Soundness Indicators* des IWF organisierten BIZ und IWF im Oktober 2003 gemeinsam eine Konferenz über Immobilienpreise und Finanzstabilität. An Bedeutung gewinnt auch das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics, ein Forum von mehr als 60 Zentralbanken aus der ganzen Welt. Für dieses Forum veranstaltet die BIZ im September 2004 eine Konferenz zu statistischen Fragen in Bezug auf Preise, Produktion, Produktivität und Rechnungslegung.

Die BIZ ist auch aktives Mitglied der Inter-Agency Task Force on Finance Statistics, die im letzten Jahr ihren *Guide for Compilers and Users of External Debt Statistics* fertig stellte. Ende 2003 beschloss die Task Force, einen so genannten Joint External Debt Hub einzurichten. Dieser soll die verfügbaren Daten zu den verschiedenen Komponenten der Auslandsverschuldung, die u.a. den internationalen Finanzstatistiken der BIZ zu entnehmen sind, mit den ausführlichen Daten verknüpfen, die die Schuldnerländer künftig offen legen werden.

Es wurden überdies weitere Schritte unternommen, um die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf elektronische Standards für den Austausch

statistischer Informationen zu verstärken. Die Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), bei der die BIZ mit der EZB, Eurostat, dem IWF, der OECD, der UNO und der Weltbank zusammenarbeitet, ist erheblich vorangekommen. Die SDMX-Website (www.sdmx.org) informiert über die Fortschritte und zeigt u.a., wie neue Webtechnologien die Erhebung, Zusammenstellung und Verbreitung von Statistiken verbessern können. Über ein neues technisches Forum im Rahmen der BIZ-Datenbank sollen die Anforderungen der Zentralbanken und die Prioritäten der SDMX-Initiative koordiniert werden.

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

In diesem Bereich geht es der BIZ darum, zentralbankrelevante Informationen über institutionelle und organisatorische Fragen zu sammeln, zu analysieren und zu verbreiten. Natürlich sind die Aufgaben und Befugnisse der Zentralbanken von Land zu Land unterschiedlich, und die Arbeitsergebnisse der BIZ haben daher keinerlei Vorschriftencharakter. Überwacht wird diese Arbeit von der Central Bank Governance Steering Group; die praktische Durchführung erfolgt über das Network on Central Bank Governance. Die Governance Steering Group setzt sich aus Zentralbankpräsidenten aus einem breit abgestützten und repräsentativen Kreis von Zentralbanken zusammen. Das Network umfasst über 40 bedeutende Zentralbanken und Währungsbehörden aus aller Welt.

Die Governance Steering Group berät die Bank dabei, wie sie auf den unterschiedlichen Informationsbedarf der Zentralbanken in diesem Bereich am besten eingehen kann; zudem erörtert sie aktuelle Fragen, die für die Zentralbankpräsidenten von Interesse sind. Im vergangenen Jahr befasste sich die Governance Steering Group beispielsweise damit, wie Zentralbanken ihren Bereich Finanzstabilität organisieren, wie sie Effizienz und Wirksamkeit der Zentralbankgeschäfte abwägen und wie sie Strategiepläne erarbeiten und umsetzen. Auf Empfehlung der Governance Steering Group räumt die Bank denjenigen Anfragen von Zentralbanken Vorrang ein, die für eine effektive Arbeit unabhängiger und verantwortungsbewusster Währungsbehörden entscheidend sind. Die von den Network-Mitgliedern und ihren Kollegen beschafften Informationen werden den Zentralbanken elektronisch zur Verfügung gestellt.

Ausschuss der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken

2003 beschäftigte sich der Ausschuss der EDV-Fachleute vor allem mit der Verbesserung der Leistungsfähigkeit von IT-Strukturen und mit möglichen Kosteneinsparungen. Er untersuchte Ansätze wie Outsourcing, Abteilungsreorganisation und Entwicklung von mit der Geschäftsstrategie kompatiblen IT-Roadmaps und erörterte die Wirksamkeit von Kostensenkungsmaßnahmen. Ein Höhepunkt der Tätigkeit des Ausschusses war der Workshop der IT-Verantwortlichen von lateinamerikanischen und karibischen Zentralbanken in Mexiko-Stadt. Themen waren technische Herausforderungen, Kostenkontrolle und die Abstimmung des IT-Bereichs auf die Geschäftsstrategie.

Aus den Gesprächen bei den Sitzungen des Ausschusses und seiner Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen 2003 ging hervor, dass die Zentralbanken

zunehmend komplexe webbasierte Anwendungen einsetzen, die von ihren externen Kunden genutzt werden. Dies bedingt eine ausgefeilte Sicherheitsarchitektur und -infrastruktur, darunter Public-Key-Infrastruktur-Technologien. Daher brachte die Arbeitsgruppe den Ausschuss in Bezug auf diese Technologien und ihren Einsatz in Zentralbanken auf den neuesten Stand. Der Bericht der Arbeitsgruppe zeigt, dass Public-Key-Infrastruktur-Technologien nach wie vor komplex sind und ihr Einsatz sehr aufwändig ist. Den Diskussionen zufolge wollen die Zentralbanken dies jedoch in Kauf nehmen, wenn das entsprechende Sicherheitsniveau tatsächlich notwendig ist. Weitere Themen für die Arbeitsgruppe waren im letzten Jahr Verfahren zur Gewährleistung eines effizienten und sicheren Einsatzes der E-Mail-Kommunikation via Internet und die wirksame Umsetzung von Notfallverfahren zur Aufrechterhaltung des Betriebs, die durch den Ausbruch von SARS und Stromausfälle in Nordamerika und Italien an Bedeutung gewannen.

Interne Revision

Seit einigen Jahren pflegen die internen Revisoren von Zentralbanken einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch und diskutieren neue Herausforderungen. Im Juni 2003 nahm die BIZ an der 17. Jahrestagung der Leiter der internen Revision in den G10-Ländern teil, die von der Deutschen Bundesbank und der EZB organisiert wurde. Themenschwerpunkte waren u.a. die Entwicklung eines Revisionsansatzes für die Handhabung des operationellen Risikos und die Revision der Führungs- und Überwachungsmechanismen im Geschäftsbetrieb allgemein sowie im IT-Bereich. Mit der Unterstützung der Internen Revision der BIZ erstellte die Arbeitsgruppe für IT-Fragen Themenpapiere über den Fernzugang zu internen Computersystemen, Penetrationstests für Firewalls und Verfahren zur Gewährleistung der Sicherheit von Betriebssystemen. Die Interne Revision der BIZ koordinierte auch die Arbeit einer Ad-hoc-Task-Force der G10-Länder zur Überprüfung von Notfallverfahren zur Aufrechterhaltung des Betriebs.

In der Sonderverwaltungsregion Hongkong organisierte die Interne Revision der BIZ zusammen mit der BIZ-Repräsentanz Asien im Februar 2004 das dritte Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden in Asien und dem Pazifik. Erörtert wurden u.a. bessere Methoden der internen Revision und des Enterprise Risk Management.

Zusammenarbeit mit Zentralbankgruppen

Seit 1990 unterstützt die BIZ die Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer bei der Koordinierung der technischen Hilfe und Schulung für die Zentralbanken der Volkswirtschaften im Übergang in Mittel- und Osteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion. Eine Analyse der G10-Zentralbankpräsidenten im Jahr 2003 ergab, dass dieses Angebot sehr hilfreich war und die Übergangszeit in vielen dieser Länder zu Ende geht. Dennoch wurde die Ansicht vertreten, dass die Koordination – wenn auch weniger intensiv – noch einige Jahre fortgesetzt werden sollte, um die erzielten Fortschritte zu konsolidieren.

Die BIZ und das FSI organisierten für Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen von Volkswirtschaften im Übergang wiederum eine Reihe von

Seminaren im Joint Vienna Institute (JVI), vornehmlich zu Themen der Währungs- und Finanzstabilität. Angesichts der Fortschritte in dieser Region und der Einrichtung des FSI wird die BIZ ab August 2004 nicht mehr formell am JVI beteiligt sein. Allerdings wird sie weiterhin Referenten entsenden und gelegentliche Seminare organisieren.

Die Zusammenarbeit mit verschiedenen regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken ist eine gute Gelegenheit, Informationen über die Tätigkeit der BIZ weiterzugeben und Beziehungen zu Zentralbanken zu knüpfen, die sonst nicht direkt daran teilhaben. Vor diesem Hintergrund organisierte die Bank mehrere gemeinsame Veranstaltungen mit regionalen Gruppierungen, z.B.:

- eine Reihe von Sitzungen mit der SEACEN-Gruppe (South East Asian Central Banks), zu denen die BIZ mehrere Referenten entsandte
- ein Seminar mit SAARCFINANCE, einem Gremium der South Asian Association for Regional Cooperation, das die Zusammenarbeit der Zentralbanken in Südasien fördert
- eine gemeinsame Sitzung mit den Zentralbanken der Southern African Development Community (SADC) Anfang 2004
- gelegentliche gemeinsame Veranstaltungen mit dem Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA). Die BIZ entsendet auch Referenten zu den vom CEMLA organisierten Seminaren und Workshops.

Die BIZ unterstützte weiterhin das Centre Africain d'Études Supérieures en Gestion (CESAG) im Rahmen eines Programms, das u.a. von der Banque Centrale des États de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) und der Banque des États de l'Afrique Centrale (BEAC) getragen wird. Zudem beteiligten sich eine Reihe von Fachleuten der BIZ an Schulungen im Rahmen des Macroeconomic and Financial Management Institute of Eastern and Southern Africa (MEFMI).

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sind die Zentren für die Tätigkeit der BIZ in der betreffenden Region. Ziel der Repräsentanzen ist die Förderung guter Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Aufsichtsinstanzen der jeweiligen Region. So bemühen sich die Repräsentanzen um einen verbesserten Austausch von Informationen und Daten, helfen bei der Organisation von Sitzungen und Seminaren und leisten Beiträge zu den wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Arbeiten der Bank über die Asien-Pazifik-Region und den amerikanischen Kontinent. Forschungsthemen des letzten Jahres waren beispielsweise die Trends bei den regionalen Kapitalströmen, die binnenwirtschaftlichen Folgen umfangreicher Währungsreserven sowie die Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Währungsabsprachen. Vom Fachwissen der Repräsentanzen profitieren außerdem verschiedene Veranstaltungen der BIZ (bzw. des FSI), regionaler Zentralbankgruppen, einzelner Zentralbanken und anderer Institutionen.

Die Repräsentanzen unterstützen die Bankdienstleistungen der BIZ in der Asien-Pazifik-Region und auf dem amerikanischen Kontinent und leisten im Rahmen von regelmäßigen Besuchen dem Reservenmanagement der

Zentralbanken Hilfe. Mit dem Dealing Room der Regionalen Treasury, der 2000 in der Repräsentanz Asien eröffnet wurde, hat die BIZ den Umfang und die Bandbreite ihrer Bankdienstleistungen für die Kunden im Asien-Pazifik-Raum noch erweitert.

Die *Repräsentanz Asien* stellt das Sekretariat des Asian Consultative Council (ACC), der für die Kommunikation zwischen den BIZ-Mitgliedszentralbanken der Region einerseits und dem Verwaltungsrat und der Direktion der BIZ andererseits von großer Bedeutung ist. Der Dealing Room der Repräsentanz sorgte im Jahresverlauf für eine breitere Streuung der Anlagen der BIZ in der Region. Nachdem 11 Zentralbanken des Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks and Monetary Authorities (EMEAP) im Juli 2003 beschlossen hatten, gut \$ 1 Mrd. an Währungsreserven in einem so genannten Asian Bond Fund anzulegen, wurde die Bank zum Portfoliomanager bestimmt, und der Dealing Room tätigte den Großteil der Käufe. Die Regionale Treasury organisierte außerdem zwei Seminare für Manager von Währungsreserven, eines im Oktober 2003 in Penang, Malaysia, und eines im März 2004 in der Sonderverwaltungsregion Hongkong.

Teils gemeinsam mit regionalen Zentralbanken und anderen Institutionen unterstützte bzw. organisierte die Repräsentanz mehrere hochrangig besetzte Treffen in Hongkong und an anderen Orten:

- Im Juni 2003 (zusammen mit der Bank of Thailand) und im Dezember war sie Gastgeber des EMEAP-Forums, in dem für die Umsetzung der Devisenpolitik Verantwortliche aus Ostasien, dem Pazifikraum und der ganzen Welt zusammentreffen.
- Zusammen mit der Universität von Korea organisierten Volkswirte der Repräsentanz zu den asiatischen Anleihemärkten im Dezember 2003 einen Workshop in Hongkong und im März 2004 eine Konferenz in Seoul für Mitarbeiter von Zentralbanken, Beamte von Finanzbehörden, Vertreter aus Marktkreisen und Wissenschaftler.
- Bei der sechsten Sondersitzung asiatischer Zentralbankpräsidenten im Februar 2004 in Hongkong diskutierten die Teilnehmer die aktuelle Wirtschaftslage und die Gründe für die Akkumulierung von Währungsreserven.
- Ebenfalls im Februar waren die Repräsentanz, das FSI und die Bank of Thailand Gastgeber einer Konferenz über schwache Banken und systemweite Krisen, bei der eine Vergleichsstudie über Asset-Management-Gesellschaften in der Region vorgestellt wurde.
- Im selben Monat fand in der Repräsentanz außerdem ein Treffen der internen Revisoren von Zentralbanken statt, und die Repräsentanz und die Hong Kong Monetary Authority organisierten eine Sitzung der Rechtsexperten von Zentralbanken.

In der *Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent* standen im ersten vollen Tätigkeitsjahr umfangreiche Kontakte zu den Zentralbanken der Region und eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Aufsichtsinstanzen im Vordergrund. Die im November 2002 in Mexiko-Stadt eröffnete Repräsentanz organisierte bzw. unterstützte eine Reihe von Treffen für hochrangige Vertreter von Zentralbanken:

- Im September 2003 organisierte die Repräsentanz in Mexiko-Stadt eine Sondersitzung für kleine offene Volkswirtschaften der Region, an der hochrangige Vertreter von neun Zentralbanken teilnahmen.
- Im Dezember 2003 unterstützte sie die in Mexiko-Stadt stattfindende Sitzung des Ausschusses der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken und den Workshop für IT-Verantwortliche von Zentralbanken aus der Region.
- Im Februar 2004 organisierte die Repräsentanz gemeinsam mit der Hauptverwaltung der BIZ in Basel ein Seminar für 17 Zentralbanken der Region, drei Zentralbanken aus Europa und den Latin American Reserve Fund zum Thema Reservenverwaltung.

Institut für Finanzstabilität (FSI)

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) hat die Aufgabe, zur Stärkung der Finanzsysteme und -institute weltweit beizutragen, und zwar vor allem durch eine Verbesserung der Aufsicht. Das FSI engagiert sich aktiv in der Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen und leistet Unterstützung in vielfältigen wichtigen Aufsichtsfragen.

Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist nach wie vor die Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel II). Um seine künftigen Unterstützungsleistungen in diesem Zusammenhang umfassend planen zu können, führte das FSI kürzlich bei rund 120 Ländern eine Erhebung über ihre gegenwärtigen Vorbereitungen für die Umsetzung von Basel II und ihren Bedarf an Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau durch.

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Kontakte und der Zusammenarbeit unter Aufsichtsinstanzen organisierte das FSI auch im vergangenen Jahr in Basel und vor Ort hochrangig besetzte Sitzungen und Seminare zu einer breiten Palette von Themen. An den insgesamt 55 Veranstaltungen nahmen über 1 600 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen aus aller Welt teil. Abgesehen von den eigenen Veranstaltungen des Instituts hielten FSI-Vertreter Präsentationen zu vielen ähnlichen Themen bei Konferenzen und Treffen, die nicht vom FSI selbst organisiert wurden.

Ein wichtiges neues Projekt zur Ergänzung der bisherigen Aktivitäten des Instituts ist FSI Connect, ein Online-Informations- und Studientool, das speziell zur Unterstützung einer großen Zahl von Mitarbeitern der Bankenaufsicht entwickelt wird. FSI Connect soll Mitte 2004 lanciert werden. Es bietet Kurse über wichtige Themen des Risikomanagements, z.B. die Handhabung von Kredit-, Markt- und operationellen Risiken, und über die angemessene Eigenkapitalausstattung (einschl. Basel II). Nach und nach sollen Lehrgänge zu einer ganzen Reihe anderer Themen der Bankenaufsicht hinzukommen. Zielgruppe von FSI Connect sind alle Mitarbeiter der Aufsicht, unabhängig von ihrer Sachkenntnis und ihrem Erfahrungshintergrund. Die Kursinhalte werden in enger Kooperation mit den BIZ-Fachabteilungen sowie einem Netzwerk von Experten der Finanzaufsicht und der internationalen Organisationen erarbeitet. Mit FSI Connect wird das FSI weltweit ein größeres Zielpublikum in der Finanzaufsicht erreichen können.

Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) unter dem Vorsitz von Jaime Caruana, Gouverneur des Banco de España, hatte seine Tätigkeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum weiterhin darin, die Bankenaufsicht zu stärken, die Transparenz der Finanzausweise zu erhöhen und die Fortschritte des Bankgewerbes beim Risikomanagement zu unterstützen.

Ein neuer internationaler Eigenkapitalstandard

Der Ausschuss konzentrierte sich im vergangenen Jahr vor allem auf die Klärung der Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit an einer neuen internationalen Regelung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften (Basel II). Andere Aufsichtsinstanzen und das internationale Bankgewerbe leisteten dazu einen wichtigen Beitrag; auf das dritte Konsultationspapier vom April 2003 reagierten über 200 Institute und Organisationen. Zum weit überwiegenden Teil zeigte sich in diesen Antworten eine breite Unterstützung für den Aufbau von Basel II, die Anreize für Verbesserungen des Risikomanagements und die Hebelkraft der Prüfungen durch die Aufsichtsinstanz wie auch der Marktdisziplin zur Gewährleistung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung der Banken.

Die verbleibenden Bedenken betrafen die technische Spezifikation der internen Messmethoden, z.B. die Behandlung von erwarteten bzw. unerwarteten Kreditverlusten und den Umgang mit Risiken aus Verbriefungsgeschäften, sowie die Anerkennung bestimmter Verfahren bei der Messung und Handhabung von Kreditrisiken und operationellen Risiken. Diese Themen dominierten die Arbeit des BCBS und seiner Arbeitsgruppen im Berichtsjahr. Im Herbst 2003 hatte der Ausschuss Lösungsmöglichkeiten für viele der wichtigsten Anliegen gefunden; Einzelheiten wurden im Januar 2004 in drei separaten technischen Papieren veröffentlicht. Bei einer Sitzung Anfang Mai 2004 bereinigte der Ausschuss die noch offenen technischen Fragen, z.B. hinsichtlich des Eigenkapitalbedarfs für nicht in Anspruch genommene revolving Kreditlinien für Privatkunden. Die vollständige Fassung der neuen Eigenkapitalregelung soll Ende Juni 2004 vorgelegt werden. Sie dient als Grundlage für die einzelnen Länder, um ihre Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren fortzusetzen, und für die Banken, um die Vorbereitung der Umsetzung abzuschließen. Basel II soll ab Ende 2006 in den Mitgliedsländern in Kraft treten, wobei die komplexesten Ansätze noch ein weiteres Jahr einer Wirkungsanalyse unterzogen werden bzw. im Parallelbetrieb laufen und dann Ende 2007 eingeführt werden.

Angesichts dieser Fortschritte hat der Ausschuss seinen Tätigkeitsschwerpunkt darauf verlagert, die Aufsichtsinstanzen und das Bankgewerbe bei der Vorbereitung auf die Umsetzung der neuen Regelung zu unterstützen. Die Accord Implementation Group (AIG) des Ausschusses bietet den Aufsichtsinstanzen ein Forum für die Erörterung praktischer Fragen und den Erfahrungsaustausch. Mit Blick auf eine einheitliche Anwendung von Basel II in interna-

tional tätigen Bankkonzernen veröffentlichte die AIG im August 2003 *Leitsätze für die grenzüberschreitende Umsetzung der Neuen Eigenkapitalvereinbarung* und im Januar 2004 *Principles for the home-host recognition of AMA (advanced measurement approach) operational risk capital*. Um den Kontakt zwischen dem BCBS und anderen Aufsichtsinstanzen zu fördern, organisierte die AIG außerdem drei Sitzungen mit Aufsichtsvertretern der wichtigsten Nichtmitgliedsländer. Gegenwärtig koordiniert sie eine Reihe von Fallstudien über weltweit tätige Banken, die von deren wichtigsten Aufsichtsinstanzen (darunter einige in Nichtmitgliedsländern) durchgeführt werden.

Rechnungslegung, Revision und Compliance

Die von den jüngsten Betrugsmeldungen wiederangefachte öffentliche Diskussion über Führungs- und Überwachungsmechanismen hat deutlich gemacht, wie wichtig solide Rechnungslegungs- und Revisionsstandards für die Stabilität offener Märkte sind. Diese gibt der BCBS seinen Mitgliedern nicht vor, doch erkennt er an, dass transparente Finanzausweise zu vermehrter Disziplin und letztlich zur Stärkung des Bankensystems beitragen. Zur Unterstützung der bereits ergriffenen Initiativen zur Verbesserung der Ausweise von Banken und als Standortbestimmung veröffentlichte der Ausschuss im Mai 2003 seine regelmäßige Erhebung zur Offenlegung der Banken, die diesmal die Jahresberichte von 54 Banken einbezog.

Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Aufsicht auch die im Entstehen begriffenen Grundlagen globaler Standards der Fachorganisationen der Rechnungslegung und der Revision in ihre Arbeit einbeziehen muss. Daher unterstützt er die Arbeit der Beratungsgremien des International Accounting Standards Board (IASB) und des International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB). Darüber hinaus ist er bemüht, den Aufsichtsinstanzen und Banken die sich herausbildenden Finanzstandards näher zu bringen und von den Standardisierungsgremien in den Bereichen Rechnungslegung und Revision Feedback zu seinen eigenen themenverwandten Projekten zu erhalten.

Erst kürzlich hat sich gezeigt, welche beträchtlichen potenziellen Verluste und Reputationsschäden Unternehmen erleiden können, wenn sie keine soliden Melde-, Rechnungslegungs- und Revisionsstandards anwenden. Die Banken werden dadurch umso mehr in die Pflicht genommen, sämtliche einschlägigen Rechts-, Aufsichts- und Buchführungsstandards wie auch die von ihren eigenen Verwaltungs- und Geschäftsführungsorganen vorgegebenen Grundsätze einzuhalten. Ein Konsultationspapier des BCBS vom August 2003 beschäftigte sich mit der Notwendigkeit, dass die Banken ihre Vorschriften zur Feststellung der Kundenidentität auf globaler Basis überprüfen, um das Risiko zu begrenzen, in Geldwäschegegeschäfte und/oder Terrorismusfinanzierung verwickelt zu werden. Im Oktober folgte ein Konsultationspapier über die Erwartungen der Aufsichtsinstanzen hinsichtlich der Compliance-Funktion der Banken.

Weitere Themen im Bankgeschäft und in der Aufsicht

Ein weiteres Ergebnis der Arbeit des Ausschusses im letzten Jahr war die Endfassung zweier Berichte über elektronische bzw. Online-Bankdienstleistungen:

Risk management principles for electronic banking und ein damit zusammenhängendes Papier über die Durchführung und Aufsicht des grenzüberschreitenden elektronischen Bankgeschäfts. Von den *Principles for the management and supervision of interest rate risk* wurde eine revidierte Fassung zur Stellungnahme herausgegeben. Diese berücksichtigt die Fortschritte im Risikomanagement wie auch Reaktionen auf die Vorschläge für die Überwachung des Zinsänderungsrisikos im dritten Konsultationspapier zur neuen Eigenkapitalregelung.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS)

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) ist ein Forum von Zentralbanken, das die Aufgabe hat, potenzielle Auslöser von Anspannungen an den globalen Finanzmärkten zu ermitteln und zu analysieren, für ein besseres Verständnis der Funktionsweise und der Grundlagen der Finanzmärkte zu sorgen und die Entwicklung leistungsfähiger und stabiler Finanzmärkte zu fördern. Vorsitzender des CGFS ist Roger W. Ferguson Jr., Stellvertretender Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System.

Im Blickpunkt der Ausschussdiskussionen stand z.B. die Marktvolatilität Mitte 2003, aus der der Ausschuss Erkenntnisse über die Dynamik der Zinsanpassungen an den Finanzmärkten abzuleiten versuchte. Auch die Konsequenzen der derzeitigen Niedrigzinsverhältnisse für die Finanzstabilität wurden diskutiert. Der Ausschuss erörterte, inwiefern diese zu Preissteigerungen am Anleihe-, Aktien- und Wohnimmobilienmarkt und zu der drastischen Verengung der Renditenaufschläge auf Unternehmens- wie auch Staatsschuldtitel beitragen könnten. Der Aufbau umfangreicher Währungsreserven samt seiner Folgen für eine Reihe von Finanzmärkten war ebenfalls ein wichtiges Thema.

Zu der Funktionsweise und den Grundlagen der Finanzmärkte veröffentlichte der CGFS im März 2004 den Arbeitsgruppenbericht *Foreign direct investment in the financial sector of emerging market economies*. Darin werden die Fragen untersucht, die ausländische Direktinvestitionen für Anlageinstitute, für die Herkunfts- und Aufnahmeländer und für das weltweite Finanzsystem aufwerfen. In Korea, Mexiko und Polen sollen zu diesem Thema regionale Workshops durchgeführt werden. Der CGFS diskutierte auch die Merkmale verschiedener nationaler Hypothekenmärkte. Als Hintergrund hierzu wurde eine Fallstudie zum dänischen Hypothekenmarkt durchgeführt, die im *BIZ-Quartalsbericht* vom März 2004 veröffentlicht wurde.

Die Mitglieder des CGFS trafen auch mit Führungskräften einer Reihe von großen Finanzkonglomeraten zusammen, um mehr Klarheit darüber zu gewinnen, wie Veränderungen in der Entscheidungsfindung – beispielsweise in Bezug auf Risikomanagement und Kapitalallokation – die Leistungsfähigkeit des Finanzsystems als Ganzes beeinflussen könnten.

Im Mai 2003 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Rolle von Ratings an den sich rasch entwickelnden Märkten für strukturierte Finanzinstrumente befassen soll. Sie ist u.a. damit beschäftigt, die Ratingverfahren

an diesen Märkten zu dokumentieren und zu ermitteln, welche Folgen die Ausbreitung strukturierter Finanzinstrumente für die Zentralbanken hat, denen im Bereich Finanzstabilität gewisse Verantwortung zukommt.

Nachdem der CGFS im Januar 2003 einen Bericht über die Übertragung von Kreditrisiken herausgegeben hatte, wurde nun ein Modell für die Datenerhebung zu Credit Default Swaps erstellt. Das Meldeverfahren soll ähnlich sein wie bei der halbjährlichen BIZ-Erhebung zum Geschäft an den außerbörslichen Derivatmärkten, und es sollen Daten zu den ausstehenden Nominalbeträgen und Marktwerten, zur Art des übertragenen Risikos und zur Identität der Risiken übernehmenden bzw. weitergebenden Institute erhoben werden.

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS)

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) ist um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht und setzt sich in diesem Zusammenhang für die Förderung solider und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein. Im Jahresverlauf verstärkte der Ausschuss seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Gremien. Sein Vorsitzender ist Tommaso Padoa-Schioppa, Mitglied des Direktoriums der EZB.

Im August 2003 veröffentlichte der CPSS den Bericht *The role of central bank money in payment systems*. Der Einsatz von Zentralbankgeld gehört zu der grundlegenden Frage nach dem Verhältnis zwischen Zentralbank- und Geschäftsbankdienstleistungen in einem Zahlungsverkehrssystem. Angesichts des vielfältigen und tief greifenden Wandels in den Zahlungsverkehrssystemen seit rund zehn Jahren untersucht der Bericht, ob das Verhältnis zwischen Zentralbank- und Geschäftsbankmitteln nach wie vor angemessen ist.

Der Bericht macht deutlich, dass sich die Mitgliedszentralbanken des CPSS weitgehend einig sind, was die Zielsetzungen und die Grundzüge ihrer Haltung zur Rolle von Zentralbankgeld in Zahlungsverkehrssystemen betrifft. Bei der Umsetzung gibt es jedoch oft Unterschiede. Der Bericht zeigt beide Komponenten auf und will so eine nützliche Sachgrundlage und einen soliden analytischen Rahmen bieten, um das Bewusstsein für die Problematik dieser wichtigen Frage und die Diskussion darüber zu fördern.

Im März 2004 veröffentlichten der CPSS und das Technical Committee der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) den Konsultationsbericht *Recommendations for Central Counterparties*. Das Vorhandensein einer solide konzipierten zentralen Gegenpartei mit angemessenem Risikomanagement reduziert zwar die Risiken der Teilnehmer des Systems und erhöht die Finanzstabilität, bedeutet aber gleichzeitig eine Konzentration der Risiken und der Risikomanagement-Verantwortung. Für die Infrastruktur der bedienten Märkte ist daher entscheidend, dass die zentrale Gegenpartei über eine wirksame Risikokontrolle und angemessene finanzielle Ressourcen verfügt. An den Finanzmärkten gibt es Bestrebungen, die zentralen Gegenparteien weiterzuentwickeln und ihre Dienstleistungen auszuweiten. Daher enthält der Bericht Empfehlungen, wie die wichtigsten Risiken für diese

zentralen Gegenparteien gehandhabt werden sollten, sowie eine Methodik zur Beurteilung ihrer Umsetzung. Der endgültige Bericht soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Zahlungen via Internet oder Mobiltelefon haben in letzter Zeit im Vergleich zum elektronischen Geld rasant zugenommen. Deshalb beschloss der CPSS, der die weltweiten Entwicklungen bei elektronischen Geldprodukten aus dem Blickwinkel der Geldpolitik verfolgt, diese innovativen Zahlungsmethoden in seiner im März 2004 veröffentlichten *Survey of developments in electronic money and internet and mobile payments* zu berücksichtigen. Die Erhebung enthält Angaben über elektronische Geldprodukte und Internet- bzw. Mobiltelefonzahlungen in 95 Ländern oder Gebieten sowie die Haltung der verschiedenen betroffenen Behörden, einschließlich Zentralbanken.

Besonders wichtig ist dem CPSS nach wie vor die Umsetzung seiner von den G10-Zentralbankpräsidenten befürworteten Strategie zur Verminderung des Erfüllungsrisikos bei Devisenhandelstransaktionen, und er beobachtet und unterstützt entsprechende Initiativen des privaten Sektors.

Zudem bemühte sich der CPSS weiter um eine engere Kooperation mit Zentralbanken außerhalb der G10, insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften. Das CPSS-Sekretariat unterstützte die Zentralbanken mehrerer Länder bei der Erarbeitung von Dokumentationsmaterial über die dortigen Zahlungsverkehrssysteme. Ferner leistete der Ausschuss logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

Markteausschuss

Der Markteausschuss (Markets Committee) befasste sich bei seinen alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen hauptsächlich mit der Entwicklung an den Devisenmärkten und den damit zusammenhängenden Finanzmärkten. Nach bewährter Praxis lud der Ausschuss, der sich aus den für Marktgeschäfte Verantwortlichen der G10-Zentralbanken zusammensetzt, mehrmals auch Zentralbankvertreter aus anderen wichtigen Ländern ein. Immer wieder aufgegriffene Themen waren:

- der Einfluss von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die wichtigsten Wechselkurse
- das Streben nach Renditen in einem Umfeld niedriger Zinssätze
- die weltweite Akkumulierung von Währungsreserven
- die Bedeutung impliziter oder expliziter geldpolitischer Kursausrichtungen für die Finanzmärkte

Besondere Beachtung fanden außerdem die Folgen der Erweiterung der Europäischen Union für die Währungsunion und die Finanzmärkte, technische Fragen zu elektronischen Devisenhandelsplattformen sowie mögliche Ursachen für die jüngsten Veränderungen der Kassahandelsvolumina verschiedener Währungen.

Im Mai 2003 übernahm Sheryl Kennedy, Stellvertretende Gouverneurin der Bank of Canada, den Vorsitz des Ausschusses.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG)

Die Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten neu auftretende Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten Gegenmaßnahmen vor. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie ihr Sekretariat beherbergt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Im März 2004 gab die CBCDG ihre Entwicklung des so genannten Counterfeit Deterrence System bekannt. Diese Technologie verhindert, dass das Bild einer geschützten Banknote mithilfe von PC und digitaler Bildbearbeitung erfasst und reproduziert werden kann.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Die BIZ beteiligt sich aktiv an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten, ihrer Stellvertreter und der unter ihrer Schirmherrschaft geschaffenen Arbeitsgruppen, indem sie – gemeinsam mit dem IWF und der OECD – sowohl als Beobachter fungiert als auch Sekretariatsleistungen erbringt.

Die G10 verfolgte weiterhin die Fortschritte bei der Einbeziehung von Mehrheitsklauseln in Staatsanleihen. Die wichtigsten Merkmale solcher Klauseln hatte die G10-Arbeitsgruppe für Vertragsklauseln im Jahr 2002 dargelegt. Im September 2003 ersuchten die G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten ihre Stellvertreter, schwerpunktmäßig das finanzielle Engagement des IWF und anderer internationaler Finanzorganisationen zu analysieren und zu überwachen.

Forum für Finanzstabilität (FSF)

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) fördert über eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit unter Aufsichts- und Überwachungsinstanzen im Finanzsektor die internationale Finanzstabilität. Es sorgt für regelmäßige Zusammenkünfte hochrangiger Vertreter der nationalen Behörden, die für die Stabilität des Finanzwesens verantwortlich sind – Finanzministerien, Zentralbanken und Finanzaufsicht –, sowie der internationalen Finanzorganisationen, der internationalen Standardisierungsgremien im Aufsichts- bzw. Regulierungsbereich und der Ausschüsse von Zentralbankexperten. Das Sekretariat des Forums ist bei der BIZ ansässig; sein Personal wird von den FSF-Mitgliedsländern und -institutionen entsandt. Weitere Informationen über das FSF sind auf www.fsforum.org verfügbar.

Die wichtigsten Themen bei den zweimal jährlich stattfindenden FSF-Sitzungen sind konjunkturelle Entwicklungen, strukturelle Schwachstellen im Finanzsystem und erforderliche Gegenmaßnahmen. Das Forum diskutiert

außerdem laufende Initiativen zur Stärkung des Finanzsystems und fördert deren Koordinierung. Durch regionale Sitzungen regt es eine breitere Diskussion von Schwächen im Finanzsystem an und gibt regionalen Vertretern die Möglichkeit, sich zur Arbeit des FSF zu äußern. Darüber hinaus pflegt der Vorsitzende des Forums über seinen Beratungsausschuss einen regelmäßigen Gedankenaustausch zu Fragen der Finanzstabilität mit Vertretern aus dem privaten Sektor und mit anderen Beobachtern.

Ein wichtiges Thema der letzten Sitzungen waren die auf nationaler und internationaler Ebene erforderlichen Reformen zur Wiederherstellung des Vertrauens in Finanzausweise nach den jüngsten Skandalen über Meldungen und Rechnungslegung von Unternehmen. Bei seinen Bemühungen um die Stärkung der Marktgrundlagen ist das Forum bestrebt, die internationale und branchenübergreifende Kohärenz zu fördern, nicht zuletzt hinsichtlich der Rolle und Aufgaben von Rating-Agenturen. Besondere Erwähnung verdient dabei das Engagement für eine Verbesserung der Revision durch Schaffung öffentlicher Überwachungsinstanzen für die Wirtschaftsprüfer der einzelnen Länder und durch Festlegung internationaler Standards vonseiten der Fachorganisationen der Wirtschaftsprüfer.

Das FSF verfolgt weiterhin mit Interesse die Fortschritte bei der Verbesserung der Aufsichts- und Regulierungspraxis sowie des Informationsaustauschs an Offshore-Finanzplätzen. Ein weiteres Anliegen ist die Stärkung der Transparenz und Offenlegung in der Rückversicherungsbranche. Das Forum fordert weiterhin eine Verbesserung der Frequenz, Quantität und Qualität der von den einzelnen Rück- und Erstversicherungsgesellschaften offen gelegten Informationen.

Die Übertragung von Kreditrisiken ist für das Forum ebenfalls von großem Interesse, und zwar zum Teil wegen der unterschiedlichen Sichtweise auf diese Geschäfte: einerseits von Bankenaufsichtsinstanzen, deren Anliegen eine saubere Übertragung des Risikos ist, andererseits von Organisationen zum Schutz von Anlegern und Policeninhabern, in deren Zuständigkeit oft die Käufer von Kreditrisiko fallen. Nach ersten Studien des CGFS und der IAIS nimmt das Gemeinsame Forum des Basler Ausschusses, der IOSCO und der IAIS derzeit eine umfassende Beurteilung der Probleme und Risiken vor. Von dieser Arbeit erhofft man sich praktische Empfehlungen für die Finanzaufsicht bei der Überwachung der Marktentwicklung und der Beurteilung der Risiken in den von ihr beaufsichtigten Instituten.

Das FSF hält die G7-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten sowie den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss des IWF kontinuierlich über seine Auffassungen bezüglich Schwachstellen im Finanzsystem und anderer Fragen auf dem Laufenden.

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS)

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS) trägt zur weltweiten Finanzstabilität bei, indem sie die Aufsicht über das Versicherungswesen durch die Erarbeitung einschlägiger Standards, die Schaffung von Vorkehrungen für

einen gegenseitigen Beistand und den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern verbessert. Zusammen mit anderen internationalen Aufsichtsgremien (im Rahmen des Gemeinsamen Forums) hat die IAIS zur Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über Finanzkonglomerate beigetragen. Darüber hinaus wirkt sie aktiv im FSF mit. Das IAIS-Sekretariat ist seit seiner Errichtung 1998 bei der BIZ angesiedelt. Nähere Informationen über die IAIS und ihre Veröffentlichungen sind auf www.iaisweb.org verfügbar.

Im vergangenen Jahr hat die IAIS mehrere Papiere über Aufsichtsstandards im Versicherungsbereich herausgegeben. Als neue globale Richtlinie überarbeitete und erweiterte sie die Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht und die dazugehörige Methodik, basierend auf entsprechenden Erfahrungen ihrer Mitglieder bei Selbsteinschätzungen. Zu den Bereichen Führungsstruktur bzw. Rückversicherung veröffentlichte sie ferner die Papiere *Insurance Core Principles on Corporate Governance* und *Supervisory Standard on Supervision of Reinsurers*, und sie arbeitet laufend an der Ausarbeitung von Standards, Richtlinien oder Diskussionspapieren zu vielfältigen Fragen bezüglich Offenlegung, Risikomanagement, Eigenkapitalausstattung und Aufsicht über Versicherer bzw. Rückversicherer.

Angesichts von Bedenken im FSF über mögliche Schwachstellen der weltweiten Rückversicherungsmärkte – mit Blick auf die Verbindungen der Branche zu anderen Wirtschaftszweigen – legte die IAIS im März 2004 ihren Schlussbericht über die Entwicklung eines Rahmenkonzepts für eine erhöhte Transparenz des weltweiten Rückversicherungsmarktes und eine Verbesserung der risikoorientierten Offenlegung der einzelnen Rückversicherungsgesellschaften vor.

Die IAIS stimmt sich mit dem IASB in Bezug auf dessen Versicherungsprojekt und andere wichtige Projekte im Bereich Rechnungslegung ab. Insbesondere nahm die IAIS Stellung zum IASB-Standardentwurf über die Bilanzierung von Versicherungsverträgen (ED 5). Ferner arbeitet sie eng mit der Financial Action Task Force (FATF) bei Maßnahmen gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung zusammen.

Gemeinsam mit dem FSI und nationalen Versicherungsaufsichtsinstanzen organisierte die IAIS zahlreiche Seminare und Schulungsprogramme und stellte Schulungsmaterial zur Verfügung, um die Versicherungsaufsicht bei der Einhaltung der IAIS-Aufsichtsstandards zu unterstützen.

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI)

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI) wurde im Mai 2002 gegründet und eröffnete im Oktober 2002 ihren Sitz bei der BIZ. Derzeit wirken 51 Organisationen (darunter 34 Vollmitglieder) aus aller Welt in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die an leistungsfähigen Systemen der Einlagensicherung interessiert sind.

Die IADI verfolgt folgende Ziele:

- Förderung des Bewusstseins für gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung

- Hilfe bei der Stärkung der Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungen, z.B. durch praxisorientierten Rat ohne Vorschriftencharakter über die Errichtung bzw. Verbesserung von Einlagensicherungssystemen
- Erleichterung des Erfahrungs- und Informationsaustauschs durch Aus- und Weiterbildungsprogramme
- Forschung zu Fragen der Einlagensicherung

Auch in ihrem zweiten Jahr bot die IADI ein Forum, das umfassendere internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen erleichtern soll. An der zweiten IADI-Konferenz im Oktober 2003 in Seoul, Korea, deren Themenschwerpunkt der wirksame Einlagenschutz durch verbesserte Führungs- und Kontrollmechanismen war, nahmen Vertreter aus 52 Ländern teil. Die IADI schloss ferner eine wichtige Studie über Faktoren im Zusammenhang mit der Gestaltung von Einlagensicherungssystemen in einer Reihe von Ländern ab und entwickelte Richtlinien für die Verwendung von Systemen mit differenzierten Prämien.

Im Rahmen der regionalen Aktivitäten der IADI fanden Sitzungen in Asien und der Karibik statt. Außerdem nahm die IADI im Februar 2004 am Grundsatzdialog der Asian-Pacific Economic Cooperation (APEC) über die Einlagensicherung teil, der – mit der Zentralbank von Malaysia als Gastgeber – von der Canada Deposit Insurance Corporation organisiert wurde. Für ein Einlagensicherungsseminar für Entscheidungsträger aus den westlichen Balkanländern arbeitete sie mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zusammen.

Die IADI-Website (www.iadi.org) und ein monatlicher Newsletter informieren ihre Mitglieder und die Teilnehmer an ihren Veranstaltungen über die Tätigkeit. Die IADI hat überdies ein Schulungshandbuch zusammengestellt, das sie an zahlreiche Einlagensicherungsinstitutionen abgegeben hat.

Finanzdienstleistungen der Bank

Bankdienstleistungen

Um Zentralbanken und anderen Währungsbehörden bei der Verwaltung ihrer Währungsreserven behilflich zu sein, bietet die BIZ ein breites Spektrum von Finanzdienstleistungen an, die derzeit von rund 140 Kunden, darunter mehrere internationale Finanzorganisationen, genutzt werden.

Sie bedient sich dazu zweier miteinander verbundener Handelsräume: im Hauptsitz in Basel und in der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong. Beim Kreditgeschäft der Bank, das durch ein solides internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Bewährter Praxis entsprechend werden das Kreditrisiko, die Liquidität sowie das Markt- und das operationelle Risiko der Bank von einem unabhängigen Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor – und über ihn dem Generaldirektor – untersteht.

Die BIZ ist bestrebt, ihre Produktpalette kontinuierlich an die sich wandelnden Bedürfnisse der Zentralbanken anzupassen. Zum Standardangebot der Bank bei den Geldmarktanlagen gehören Sicht- und Kündigungs-

konten sowie Termineinlagen. Da die Zentralbanken immer größeren Wert auf eine bessere Rendite ihrer Auslandsaktiva legen, bietet die Bank zwei Finanzinstrumente an, die direkt mit ihr gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können:

- Das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) ist ein äußerst flexibles Geldmarktinstrument, mit dem Zentralbanken ihre Liquidität aktiver steuern können.
- Das Medium-Term Instrument (MTI), mit einer Laufzeit bis zu 10 Jahren, ist für Zentralbanken konzipiert, die bei der Verwaltung ihrer Reserven längerfristige Ziele verfolgen. Vor kurzem hat die BIZ ein MTI mit eingebettetem Kündigungsrecht eingeführt.

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte.

Die BIZ bietet zudem Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Auftrag ausgehandelt, oder entsprechend einer offenen Fonds-Struktur investieren zwei oder mehr Kunden gemeinsam in einen Pool von Vermögenswerten. Im Juli 2003 eröffneten die 11 Mitglieder der EMEAP-Gruppe von Zentralbanken und Währungsbehörden den Asian Bond Fund, einen Anlagepool mit Zeichnungen im Gesamtbetrag von gut \$ 1 Mrd. Er wird von der BIZ verwaltet und bildet eine maßgeschneiderte Benchmark nach, die staatliche und quasistaatliche Emittenten aus den EMEAP-Volkswirtschaften (ohne Australien, Japan und Neuseeland) umfasst.

Bisweilen gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Sie nimmt ferner Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2003/04

Die Bilanz der BIZ weitete sich um SZR 18,3 Mrd. aus, sodass die Bilanzsumme am 31. März 2004 SZR 167,9 Mrd. betrug. Mit diesem Zuwachs von 12,2% gegenüber dem Vorjahr wurde zum vierten Mal in Folge ein neuer Rekord für das Ende eines Geschäftsjahres verzeichnet. Ohne den Wertverlust des US-Dollars gegenüber dem SZR, d.h. zu konstanten Wechselkursen, wäre die Bilanzsumme sogar um weitere SZR 3,9 Mrd. gewachsen.

Zu Beginn des Geschäftsjahres verkürzte sich die Bilanz, aber ein erheblicher Zufluss an Kundeneinlagen ließ die Bilanzsumme gegen Ende Juli 2003 auf SZR 159,6 Mrd. steigen. Nach einem Rückgang in den folgenden Monaten erreichte die Bilanz von November 2003 bis Ende März 2004 wieder neue Höchststände. Der absolute Rekord wurde mit SZR 171,7 Mrd. am 12. März erreicht. In den beiden letzten Wochen des Geschäftsjahres ergab sich ein leichter Rückgang.

Passiva

Die Passivseite der Bilanz der BIZ besteht zu einem wesentlichen Teil aus Einlagen von Kunden. Die meisten lauten auf verschiedene Währungen;

der Rest ist Gold. Am 31. März 2004 betragen diese Einlagen (ohne Repo-Geschäfte) insgesamt SZR 140,4 Mrd. (Vorjahr: SZR 128,5 Mrd.).

Die Währungseinlagen von Kunden stiegen auf SZR 133,2 Mrd. (Vorjahr: SZR 122,5 Mrd.). Die Gliederung der Einlagen nach Währung verschob sich im Geschäftsjahr 2003/04 deutlich. Auf den US-Dollar entfielen am 31. März 2004 62,4% der Währungseinlagen, gegenüber 67,1% ein Jahr zuvor. Zwar erhöhten sich die Kundeneinlagen bei der BIZ in allen wichtigen Reservewährungen, doch in anderen Währungen – insbesondere Euro und Pfund Sterling – viel schneller als in Dollar. Die Zunahme der Goldeinlagen von SZR 6,0 Mrd. auf SZR 7,3 Mrd. war allerdings vor allem auf Bewertungsfaktoren zurückzuführen (d.h. den Anstieg des Marktpreises von Gold), denn der Umfang der Zentralbankeinlagen veränderte sich kaum.

Die Ausweitung der Währungseinlagen von Kunden um SZR 10,6 Mrd. war dem Wachstum der Kassenbestände und handelbaren Geldmarktinstrumente zuzuschreiben. Die Guthaben auf Sicht- und Kündigungskonten verdoppelten sich im Laufe des Geschäftsjahres beinahe, und die Zeichnungen von FIXBIS nahmen um 11,1% zu. Hingegen gingen die Termineinlagen bei der BIZ um 8,3% zurück. Zusammengenommen steht hinter diesen Entwicklungen möglicherweise eine Verlagerung zu liquiden Mitteln in Erwartung eines allgemeinen Zinsanstiegs. Die ausstehenden MTI-Zeichnungen veränderten sich kaum und betragen SZR 41,2 Mrd. (Vorjahr: SZR 41,7 Mrd.). Damit waren die MTI das bedeutendste Anlageinstrument der BIZ-Kunden und entsprachen nahezu einem Drittel der gesamten Währungseinlagen.

Eine Aufschlüsselung der Währungseinlagen bei der BIZ nach Regionen zeigt, dass die Nachfrage aus Asien im Berichtszeitraum besonders stark war.

Aktiva

Die BIZ-Aktiva bestehen vorwiegend aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf sowie Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäfte. Die Bank handhabt ihr Kreditrisiko konservativ; 99,6% ihrer Bestände hatten am 31. März 2004 ein Rating von A oder höher (Anmerkung 30F zum Jahresabschluss).

Die Bestände an Währungseinlagen und Wertpapieren der Bank, einschließlich Reverse Repos, betragen am 31. März 2004 SZR 153,7 Mrd. (Vorjahr: SZR 134,7 Mrd.). Diese zusätzlichen Mittel wurden in Schatzwechselln, Terminguthaben bei Banken und Reverse Repos angelegt, die um SZR 28,5 Mrd. auf SZR 120,2 Mrd. stiegen. Demgegenüber nahmen die Kassenbestände um SZR 4,3 Mrd. und die Schuldtitel um weitere SZR 5,2 Mrd. ab. Die Goldaktiva der Bank erhöhten sich im selben Zeitraum von SZR 7,5 Mrd. auf SZR 9,1 Mrd., da der Marktwert von Gold stieg. Der Anteil der staatlichen und quasi-staatlichen Wertpapiere nahm erneut zu und erreichte am 31. März 2004 38,5% der Gesamtaktiva, gegenüber rund einem Drittel ein Jahr zuvor.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 6 zum Jahresabschluss). Dabei handelt es sich vorwiegend um einfache klassische Instrumente, insbesondere Futures und Zinsswaps.

Die Bank als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. *63. Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass die Bundeswertpapierverwaltung (BWV) im Jahr 2003 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund € 5,2 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden von der BWV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die BWV (dargelegt im *50. Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Weitere Treuhänderfunktionen

Gemäß einem Treuhandabkommen vom 13. August 2003 fungiert die Bank als Treuhänder für die Verwaltung und – unter bestimmten Bedingungen – Freigabe von Mitteln im Zusammenhang mit der Beilegung des Rechtsstreits in den USA zwischen den Familien der 270 Personen, die am 21. Dezember 1988 beim Absturz des Pan-Am-Flugs 103 über Lockerbie, Schottland, ums Leben kamen, und den verschiedenen libyschen Angeklagten.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Derzeit laufen solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Brasilien (Einzelheiten dazu finden sich im *64. Jahresbericht* vom Juni 1994), Peru (*67. Jahresbericht* vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (*68. Jahresbericht* vom Juni 1998).

Institutionelles und Administratives

Erweiterung des Mitgliederkreises

In dem Bestreben, die Zusammenarbeit der Zentralbanken weiter zu stärken, beschloss der Verwaltungsrat am 29. Juni 2003, weitere sechs Zentralbanken einzuladen, gemäß Artikel 6 und Artikel 8 Absatz 3 der Statuten Mitglied der Bank zu werden. Die Zentralbanken Algeriens, Chiles, Indonesiens, Israels, Neuseelands und der Philippinen hatten die Möglichkeit, je 3 000 Aktien der dritten Tranche des Kapitals der BIZ zu zeichnen. Bei Ablauf der Zeichnungsfrist Ende September 2003 hatten alle sechs Zentralbanken das Angebot des Verwaltungsrats angenommen.

In seiner Juni-Sitzung legte der Verwaltungsrat den Ausgabepreis auf SZR 14 018 je Aktie fest. Da die Aktien der Bank zu 25% bzw. SZR 1 250 je Aktie eingezahlt sind, enthielt der Ausgabepreis von SZR 14 018 ein Agio von

SZR 12 768 je Aktie. Nach der Zeichnung von 18 000 neuen Aktien erhöhte sich die Anzahl der begebenen Aktien der Bank auf 547 125, und das in der Bilanz ausgewiesene eingezahlte Kapital der Bank stieg um SZR 22,5 Mio. auf SZR 683,9 Mio. am 31. März 2004. Das von den zeichnenden Zentralbanken insgesamt gezahlte Agio betrug SZR 229,8 Mio.; davon wurden SZR 2,2 Mio. dem Gesetzlichen Reservefonds und SZR 227,6 Mio. dem Allgemeinen Reservefonds zugewiesen.

Rücknahme der von Privataktionären gehaltenen Aktien

Nach dem Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 2001, sämtliche von Privataktionären gehaltenen BIZ-Aktien zurückzunehmen (Einzelheiten s. 71. *Jahresbericht* vom Juni 2001), zahlte die Bank den eingetragenen ehemaligen Privataktionären eine Entschädigung von CHF 16 000 je Aktie. Einige ehemalige Privataktionäre fochten diesen Betrag an (72. *Jahresbericht* vom Juli 2002) und erhoben Klage vor dem durch die Haager Vereinbarungen eingesetzten Schiedsgericht, das gemäß Artikel 54 der Statuten der Bank bei Streitigkeiten zwischen der Bank und ihren ehemaligen Privataktionären im Zusammenhang mit der Rücknahme ausschließlich zuständig ist. Das Schiedsgericht fällte am 22. November 2002 eine Teilentscheidung. Darin bestätigte es die Rechtsgültigkeit der obligatorischen Rücknahme, entschied jedoch, dass die Entschädigung zu erhöhen sei. Es sprach den ehemaligen Privataktionären einen proportionalen Anteil des Nettosubstanzwerts der Bank zu, allerdings mit einem Abschlag von 30%. Dies entspricht der Formel, die von der BIZ bei Neuzeichnungen von Aktien durch Zentralbanken angewandt worden ist.

Nach weiteren Verfahren im Verlauf von 2003 fällte das Schiedsgericht am 19. September 2003 sein endgültiges Urteil. Gemäß diesem Urteil, gegen das keine Berufung eingelegt werden kann, hat die BIZ jedem Kläger im Schiedsverfahren eine zusätzliche Entschädigung, einschließlich Zinsen, von CHF 9 052,90 je Aktie gezahlt. Entsprechend ihrer früheren Erklärung, wonach sie die Entscheidung des Schiedsgerichts zur endgültigen Abgeltung sämtlicher Ansprüche freiwillig auf alle eingetragenen ehemaligen Privataktionäre anwenden werde, hat die Bank die Auszahlung der vom Schiedsgericht festgelegten zusätzlichen Entschädigung an sie in die Wege geleitet. Bis zum 31. März 2004 war diese zusätzliche Entschädigung für über 96% der zurückgenommenen Aktien gezahlt worden.

Das Handelsgericht in Paris hat im März 2003 eine Vorentscheidung hinsichtlich der Klage einer Gruppe ehemaliger Aktionäre getroffen (ohne inhaltlich auf die Klage einzugehen), wonach es für die Beurteilung der erhobenen Ansprüche auf Erhöhung der Entschädigung zuständig sei. Die Bank legte gegen diese Verfahrensentscheidung vor dem Pariser Appellationsgericht Berufung ein mit der Begründung, das Schiedsgericht in Den Haag sei in dieser Sache allein zuständig. Am 25. Februar 2004 entschied das Pariser Appellationsgericht zugunsten der BIZ und hielt fest, das Handelsgericht in Paris sei für solche Forderungen nicht zuständig. Am 26. April 2004 strengten einige dieser Kläger ein Verfahren vor dem Kassationsgericht (der obersten

Privatrechtsinstanz) in Frankreich an, in dem sie die Aufhebung der Entscheidung des Appellationsgerichts in der Zuständigkeitsfrage anstreben.

Verwaltung der Bank

Erhöhung der Transparenz

Im Berichtsjahr ergriff die Bank eine Reihe von Maßnahmen, um die Transparenz ihrer Geschäfte und ihrer Struktur zu erhöhen.

Die sichtbarsten Schritte im Bereich der Finanzausweise waren die Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank und der größere Umfang der Informationen im Jahresabschluss. Dieser wurde damit den internationalen Entwicklungen angenähert. Am 1. April 2003 wurde zudem der Goldfranken als Recheneinheit der BIZ durch das Sonderziehungsrecht abgelöst, dessen Wert auf einem vom IWF definierten Währungskorb beruht, der repräsentativ für die wichtigsten Währungen ist, die im internationalen Handel und für internationale Finanzanlagen verwendet werden (Einzelheiten zu diesen Änderungen s. *73. Jahresbericht* vom Juni 2003). Besondere Aufmerksamkeit wurde außerdem darauf verwendet, ein genaueres und umfassenderes Bild der Rolle der Bank, ihrer Funktionsweise und ihrer Verwaltung sowie ihres Beitrags zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Währungs- und Finanzstabilität zu vermitteln.

Budgetpolitik

Die Erstellung des Budgets der Bank für das nächste Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Direktion die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungs- und Investitionskosten unterschieden. Rund die Hälfte der Verwaltungskosten entfällt auf den Personalaufwand. Andere wichtige Kategorien, die jeweils 10–15% der Verwaltungskosten ausmachen, sind IT- und Telekommunikationsausgaben sowie der Aufwand für das Pensionssystem der Bank. Die Investitionskosten schwanken naturgemäß von Jahr zu Jahr erheblich. Die Verwaltungs- und Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2003/04 betragen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 204,3 Mio. und lagen 5,0% unter dem Budgetbetrag von CHF 215,1 Mio.² Der Aufwand im Berichtsjahr verringerte sich aus mehreren

² Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Der Reingewinn und seine Verwendung“).

Gründen: Bestimmte Bau- und IT-Projekte wurden aufgegeben bzw. verschoben, wegen des SARS-Ausbruchs und der Erstreckung des Zeitplans für die Genehmigung der neuen Eigenkapitalregelung (Basel II) fanden weniger Reisen und Sitzungen statt, und der US-Dollar wertete gegenüber dem Schweizer Franken ab. Die Investitionskosten lagen mit CHF 19,7 Mio. um CHF 11,0 Mio. unter dem Budget, weil die Ausgaben für einige IT-Projekte, insbesondere für das E-Learning-Projekt FSI Connect und für den Ersatz von Hardware, geringer ausfielen als erwartet.

Im März 2004 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2004/05 um 2,2% auf CHF 219,8 Mio. Das Investitionsbudget wird um CHF 1,9 Mio. auf CHF 32,6 Mio. aufgestockt. Schwerpunkte des Budgets 2004/05 sind eine Stärkung der Risikomanagement-Kapazitäten der Bank, Verbesserungen der Sicherheitsvorkehrungen und die Renovierung von Räumlichkeiten für Zentralbanksitzungen.

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. erforderlicher Qualifikationen, Erfahrung und Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Gehälter werden – unter Berücksichtigung von Besteuerungsunterschieden – regelmäßig denen in vergleichbaren Institutionen oder Marktsegmenten gegenübergestellt. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um hoch qualifiziertes Personal anzuziehen.

Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft, die jährlich der Teuerung in der Schweiz und dem durchschnittlichen Anstieg der Reallöhne im Unternehmenssektor der wichtigsten Industrieländer angepasst werden. Im Juli 2003 wurden die Gehaltsbänder dementsprechend um 2,02% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach deren Leistung, die regelmäßig beurteilt wird. Die BIZ wendet kein Bonussystem an.

Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Direktion) haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Diese beträgt derzeit – abhängig vom Familienstand – 14% bzw. 18% des Jahresgehalts. Darüber hinaus haben die Personalmitglieder über die BIZ Zugang zu einer Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem leistungsorientierten Pensionssystem.

Die Gehälter der Abteilungsleiter werden jährlich angepasst, in der Regel entsprechend den Erhöhungen der Gehaltsbänder des Personals. Die Gehälter des Generaldirektors und des Stellvertretenden Generaldirektors werden periodisch vom Verwaltungsrat überprüft. Per 1. Juli 2003 bezogen die nachstehenden Direktionsmitglieder folgende Gehälter (in Klammern: Anzahl der Funktionsinhaber):

- Generaldirektor (1) CHF 670 740
- Stellvertretender Generaldirektor (1) CHF 566 500
- Abteilungsleiter (3) CHF 536 700

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst.

Seit dem 1. Juli 2002 beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 844 800. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 777 240.

Der Reingewinn und seine Verwendung

Reingewinn

Nach Änderung der Recheneinheit mit Wirkung vom 1. April 2003 hat die Bank ihren Jahresabschluss im 74. Geschäftsjahr erstmals in SZR erstellt. Gleichzeitig – was auf längere Sicht von grösserer Bedeutung ist – hat die Bank die Gelegenheit genutzt, um ihre Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie ihre Offenlegung zu verbessern. Damit wird der Jahresabschluss stärker an die internationalen Entwicklungen bei den Finanzausweisen angeglichen, und er gibt ein besseres Bild der Finanzlage und der Ertragskraft der Bank. Die wichtigste Änderung ist hierbei, dass die Finanzinstrumente der Bank, einschließlich Derivate und Goldbestände, wie im *73. Jahresbericht* angekündigt nicht mehr zu den fortgeführten historischen Anschaffungskosten, sondern zum Marktwert im Jahresabschluss ausgewiesen werden. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind in Anmerkung 2 zum Jahresabschluss dargelegt, ihre Auswirkungen auf das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr in Anmerkung 31.

Der Reingewinn für das Geschäftsjahr auf dieser neuen Basis beträgt SZR 536,1 Mio., verglichen mit umgerechnet SZR 592,8 Mio. im Vorjahr. Die Bestimmungsfaktoren dieses Ergebnisses werden im Folgenden erörtert.

Geschäftsertrag insgesamt

Der Geschäftsertrag insgesamt betrug im Geschäftsjahr 2003/04 SZR 564,5 Mio. (Vorjahr: SZR 598,3 Mio.). Im Vorjahresvergleich niedrigere durchschnittliche Zinssätze an den wichtigsten Finanzmärkten verminderten die Erträge aus den Anlagepapieren der Bank, die als ihr Eigenkapital definiert werden. Die zusätzlichen Erträge infolge des volumenmäßigen Wachstums des Eigenkapitals der Bank im Geschäftsjahr wurden dadurch aufgezehrt. Zum Teil wurden die Mindereinnahmen aus den Anlagepapieren durch höhere Nettoerträge aus dem Einlagengeschäft der Bank wettgemacht; diese erhöhten sich weitgehend parallel zur Zunahme der Währungseinlagen. Die Geschäftsmargen insgesamt waren, nach Berücksichtigung von Bewertungsentwicklungen, ähnlich wie 2002/03.

Geschäftsaufwand

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 23 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 142,5 Mio., 0,1% mehr als im Vorjahr (SZR 142,3 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betragen SZR 125,6 Mio., 1,6% weniger als im Vorjahr (SZR 127,6 Mio.). In Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – sanken die Verwaltungskosten vor

Abschreibungen um 4,4%, von CHF 247,6 Mio. auf CHF 236,5 Mio. Darin sind die zusätzlichen Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, s. „Budgetpolitik“ weiter oben – berücksichtigt.

Der Personalaufwand ging geringfügig zurück, weil die Rückerstattung der Einkommenssteuern für schweizerische Angestellte nach Inkrafttreten des revidierten Sitzabkommens mit dem schweizerischen Bundesrat am 1. Januar 2003 entfiel. Ohne diesen Faktor erhöhten sich die Lohnkosten weitgehend entsprechend dem Anstieg der durchschnittlichen Zahl von Vollzeitstellen um 3,4% auf 509 Stellen. Der Aufwand für das Pensionssystem sank um CHF 32,7 Mio. auf CHF 30,2 Mio., da im Aufwand des Vorjahres eine einmalige Zahlung von CHF 33,9 Mio. an den Pensionsfonds des Personals enthalten gewesen war. Der sonstige Personalaufwand erhöhte sich um CHF 21,5 Mio., hauptsächlich infolge erhöhter Ruhestandsleistungen im Rahmen der Kranken- und Unfallversicherung der Bank.

Der Abschreibungsaufwand stieg von SZR 14,7 Mio. auf SZR 16,9 Mio. und schließt eine zusätzliche Abschreibung von SZR 3,3 Mio. nach einer Überprüfung des Marktwerts der Grundstücke und Gebäude der Bank auf Wertminderungen ein.

Betriebsgewinn und sonstige Gewinnposten

Als Folge der genannten Faktoren sank der Betriebsgewinn 2003/04 nach SZR 456,0 Mio. im Vorjahr um 7,5% auf SZR 422,0 Mio.

In einem Umfeld niedrigerer durchschnittlicher Zinssätze belief sich der Gewinn aus Veräußerungen von Anlagepapieren in den Portfolios, die als Eigenkapital der Bank definiert sind, auf SZR 154,4 Mio. (Vorjahr: SZR 147,0 Mio.).

Die Posten „Zurückgenommene Aktien – Effekt des Schiedsurteils“ und „Zurückgenommene Aktien – Zinsen infolge Schiedsurteil“ beziehen sich auf das endgültige Urteil des Schiedsgerichts von Den Haag vom 19. September 2003, das eine höhere Entschädigung je Aktie sowie zusätzliche Zinszahlungen und einen Währungsumrechnungsverlust wegen der Umrechnung der entsprechenden Rückstellungen von Schweizer Franken in SZR zum Wechselkurs vom 19. September 2003 zur Folge hatte.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 536,1 Mio. für das Geschäftsjahr 2003/04 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 104,0 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 225 je Aktie
2. SZR 86,4 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds
3. SZR 20,5 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
4. SZR 325,2 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, die oben genannte Dividende nicht in Schweizer Franken, sondern erstmals in SZR, der neuen Recheneinheit der

Bank, anzugeben. Wird dies genehmigt, wird die Dividende am 2. Juli 2004 in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2004 im Aktienregister der Bank eingetragen waren.

Die vorgeschlagene Dividende von SZR 225 je Aktie für das Geschäftsjahr 2003/04 entspricht einem Anstieg von 4,7% gegenüber der Vorjahresdividende von CHF 400 bzw. SZR 214,8 zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Die Dividende ist für 470 073 Aktien zahlbar (die Dividende für die 18 000 neuen Aktien, die im Geschäftsjahr begeben wurden, wird anteilig ab Zeichnungsdatum gezahlt). Vor der Aktienrücknahme waren 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Davon hält die Bank nun 77 052 als eigene Aktien, nämlich 74 952 Aktien, die sie von ehemaligen Privataktionären und von Zentralbanken zurückgenommen hat, sowie 2 100 sonstige. Auf die eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Zuweisungen an die statutarischen Reserven der Bank durch Änderungen am 31. März 2003

Neubewertungen

Mit der Einführung des SZR und der neuen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind die statutarischen Reserven der Bank zum 31. März 2003 um SZR 577,2 Mio. angestiegen. Der Anstieg ergab sich aus der Neubewertung der Goldbestände und der übrigen Finanzinstrumente der Bank in der Bilanz zum Marktwert statt zu den fortgeführten historischen Anschaffungskosten. Der Verwaltungsrat empfiehlt, diesen Anstieg (Anmerkung 31C zum Jahresabschluss) wie folgt zu verteilen:

1. SZR 19,3 Mio. an den Gesetzlichen Reservefonds
2. SZR 266,5 Mio. an den Allgemeinen Reservefonds
3. SZR 291,4 Mio. an den Freien Reservefonds

Die Zuweisungen an den Gesetzlichen und den Allgemeinen Reservefonds betreffen die Neubewertung des Goldes zum Marktwert statt zum früheren statutarischen Wert von USD 208 je Unze. Damit entspricht der Gesetzliche Reservefonds nach wie vor 10% des eingezahlten Kapitals, gemäß den Bestimmungen von Artikel 51 Absatz 1 der Statuten. Die Zuweisung an den Freien Reservefonds entspricht dem Nettobewertungsgewinn auf den Finanzinstrumenten der Bank (ohne eigene Goldbestände und Anlagepapiere) bei Bewertung zum Marktwert statt zu den fortgeführten historischen Anschaffungskosten.

Neuzuordnungen

Darüber hinaus sind infolge der oben beschriebenen Änderungen einige Posten des Eigenkapitals der Bank neu zugeordnet worden. Dadurch haben sich die statutarischen Reserven der Bank zum 31. März 2003 um netto SZR 49,8 Mio. verringert (Anmerkung 31B zum Jahresabschluss). Der Verwaltungsrat empfiehlt, diese Nettoverringering wie folgt zu verteilen:

1. SZR 92,1 Mio. vom Aktienkapital zum Freien Reservefonds

2. SZR 429,7 Mio. vom Währungsumrechnungskonto zum Freien Reservefonds
3. SZR 571,6 Mio. vom Freien Reservefonds zur Goldbewertungsreserve
Die Übertragung aus dem Aktienkapital entspricht der Abrundung des Nominalwerts der Aktien vom exakten Umrechnungsbetrag (SZR 5 696) auf SZR 5 000, gemäß dem Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. März 2003. Mit der Zuweisung von SZR 429,7 Mio. wird der Saldo des Währungsumrechnungskontos am 31. März 2003 übertragen; dieses Konto wurde infolge der Änderung der Bilanzierungsmethode der Bank für Währungsumrechnungsdifferenzen geschlossen. Die Übertragung auf die Goldbewertungsreserve unter „Sonstige Eigenkapitalposten“ entspricht der Differenz zwischen dem Marktwert des Goldes der Bank und dem früheren statutarischen Wert am 31. März 2003.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der PricewaterhouseCoopers AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

Verwaltungsrat

Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Vorsitzender des Verwaltungsrats,
Präsident der Bank

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Vincenzo Desario, Rom
David Dodge, Ottawa
Antonio Fazio, Rom
Toshihiko Fukui, Tokio
Timothy F. Geithner, New York
Sir Edward George, London
Alan Greenspan, Washington
Hervé Hannoun, Paris
Lars Heikensten, Stockholm
Mervyn King, London
Christian Noyer, Paris
Guy Quaden, Brüssel
Jean-Pierre Roth, Zürich
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main

Stellvertreter

Bruno Bianchi oder Giovanni Carosio, Rom
Roger W. Ferguson oder Karen H. Johnson, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Jürgen Stark oder Stefan Schönberg, Frankfurt am Main
Marc-Olivier Strauss-Kahn oder Michel Cardona, Paris
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Unterausschüsse des Verwaltungsrats

Konsultativkomitee
Revisionskomitee

unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer

Oberste Führungsebene

Malcolm D. Knight	Generaldirektor
André Icard	Stellvertretender Generaldirektor
Gunter D. Baer	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Robert D. Sleeper	Leiter der Bankabteilung
Mario Giovanoli	Direktor des Rechtsdienstes
Günter Pleines	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Peter Dittus	Stellvertretender Generalsekretär
Már Gudmundsson	Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

Am 1. Juli 2003 folgte Mervyn King als Gouverneur der Bank of England Sir Edward George nach und wurde ex officio Mitglied des Verwaltungsrats. Als Lord Kingsdown Ende Juni 2003 aus dem Verwaltungsrat ausschied, berief Mervyn King für die verbleibende Amtsdauer, d.h. vom 1. Juli 2003 bis zum 6. Mai 2005, Sir Edward George. Für den Rest der Amtsdauer Lord Kingsdowns als Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats, d.h. bis zum 31. Dezember 2005, wurde in der Verwaltungsratssitzung vom Juni 2003 Hans Tietmeyer als Nachfolger gewählt. In derselben Sitzung wurde Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 30. Juni 2006 als Verwaltungsratsmitglied bestätigt.

Am 10. Juni 2003 schied William McDonough aus dem Verwaltungsrat aus. Alan Greenspan, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, berief Jamie Stewart, den geschäftsführenden Präsidenten der Federal Reserve Bank of New York, in den Verwaltungsrat. Als dieser im Dezember 2003 ausschied, ernannte Alan Greenspan für den Rest seiner Amtsdauer, d.h. bis zum 12. September 2006, den neuen Präsidenten der Federal Reserve Bank of New York, Timothy F. Geithner, zum Mitglied des Verwaltungsrats.

In der Sitzung vom September 2003 wurden Toshihiko Fukui, Gouverneur der Bank of Japan, und David Dodge, Gouverneur der Bank of Canada, als Verwaltungsratsmitglieder für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 12. September 2006 wiedergewählt.

Im Oktober 2003 erneuerte Jean-Claude Trichet, Gouverneur der Banque de France, das Mandat von Hervé Hannoun als Mitglied des Verwaltungsrats für weitere 3 Jahre bis zum 27. November 2006. Am 1. November 2003 folgte Christian Noyer als Gouverneur der Banque de France Jean-Claude Trichet nach und wurde ex officio Mitglied des Verwaltungsrats.

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom März 2004 wurde Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 31. März 2007 als Verwaltungsratsmitglied bestätigt.

Am 27. April 2004 trat Ernst Welteke von seinem Amt als Präsident der Deutschen Bundesbank zurück. Axel Weber folgte ihm mit Wirkung vom 30. April nach und wurde ex officio Mitglied des Verwaltungsrats.

In der obersten Führungsebene der Bank gab Renato Filosa im August 2003 seine Position als Direktor in der Währungs- und Wirtschaftsabteilung ab. Már Gudmundsson wurde mit Wirkung vom 23. Juni 2004 zum Stellvertretenden Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung ernannt.

* * *

Der Verwaltungsrat nahm mit tiefem Bedauern den Tod von Rémi Gros am 10. Januar 2004 im Alter von 73 Jahren zur Kenntnis. Rémi Gros war 1966 in den Dienst der Bank eingetreten und wurde 1985 Leiter der Bankabteilung. Vom Februar 1992 bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1995 war er außerdem Beigeordneter Generaldirektor der Bank.

Mitgliedszentralbanken der BIZ³

Banque d'Algérie	Lietuvos Bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
The People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Natională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Bank Indonesia	Banka Slovenije (Slowenien)
Central Bank & Financial Services Authority of Ireland	Banco de España
Sedlabanki Islands	South African Reserve Bank (Südafrika)
Bank of Israel	Bank of Thailand
Banca d'Italia	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Japan	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi
Bank of Canada	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
The Bank of Korea	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Bank of England
Latvijas Banka (Lettland)	

³ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro mit zwei getrennten Zentralbanken umgewandelt wurde.

Jahresabschluss

vom 31. März 2004

Nach der Einführung des SZR als ihre Berichtswährung hat die Bank ihre Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie ihre Offenlegung aktualisiert und erweitert.

Der auf den Seiten 212 bis 233 vorgelegte Jahresabschluss wurde auf dieser neuen Basis erstellt; er wurde am 10. Mai 2004 genehmigt.

Nout H.E.M. Wellink
Präsident

Malcolm D. Knight
Generaldirektor

Der Abschluss für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat genehmigt wurde. Der Jahresabschluss, einschließlich dazugehörige Anmerkungen, wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Bilanz

vom 31. März 2004

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2004	2003 nach Neuberechnung
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	3	18,9	4 300,7
Gold und Goldeinlagen	4	9 073,8	7 541,9
Schatzwechsel	5	30 240,7	20 724,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	5	21 835,2	12 255,0
Terminguthaben und Kredite an Banken	5	68 162,4	58 728,2
Staats- und andere Wertpapiere	5	33 483,1	38 732,6
Derivative Finanzinstrumente	6	3 321,1	3 966,1
Kurzfristige Forderungen	7	1 609,6	3 173,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	8	190,0	196,4
Aktiva insgesamt		167 934,8	149 619,3
Passiva			
Währungseinlagen	9	133 152,5	122 519,0
Goldeinlagen	10	7 293,5	6 022,6
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	11	1 225,3	73,2
Derivative Finanzinstrumente	6	4 339,7	3 234,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	12	12 169,4	8 242,3
Sonstige Passiva	13	144,4	598,9
Passiva insgesamt		158 324,8	140 690,1
Eigenkapital			
Aktienkapital	14	683,9	661,4
Statutarische Reserven		8 230,8	7 522,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31	536,1	575,4
Abzüglich: Eigene Aktien	14, 15	(852,6)	(739,1)
Sonstige Eigenkapitalposten		1 011,8	908,8
Eigenkapital insgesamt		9 610,0	8 929,2
Passiva und Eigenkapital insgesamt		167 934,8	149 619,3

Wie sich der Wechsel der Berichtswährung vom Goldfranken zum SZR und die Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank auf den Jahresabschluss 2003 auswirken, wird in Anmerkung 31 beschrieben.

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2004	2003 nach Neuberechnung
Zinsertrag	18	3 493,9	4 135,2
Zinsaufwand	19	(2 681,1)	(3 228,9)
Bewertungsänderungen netto	20	(258,7)	(314,3)
Nettozinsertrag		554,1	592,0
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	21	1,4	1,7
Nettodevisengewinne	22	9,0	4,6
Geschäftsertrag insgesamt		564,5	598,3
Geschäftsaufwand	23	(142,5)	(142,3)
Operativer Gewinn		422,0	456,0
Nettogewinn (-verlust) aus Veräußerung von Anlagepapieren	24	154,4	147,0
Zurückgenommene Aktien – Effekt des Schiedsurteils	15		
Zinsaufwand		(32,9)	(10,2)
Währungsumrechnungsverlust		(7,4)	–
Reingewinn für das Geschäftsjahr		536,1	592,8

Der oben ausgewiesene Reingewinn für das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr wurde zu durchschnittlichen Wechselkursen umgerechnet. Er weicht vom Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung (SZR 575,4 Mio.) im neu berechneten Abschluss von 2003 ab, der auf den Wechselkursen des Bilanzstichtages beruht. Diese Abweichung ist auf den Wechsel der Berichtswährung der Bank vom Goldfranken zum SZR zurückzuführen.

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	2004
Reingewinn für das Geschäftsjahr	536,1
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	–
Vorgeschlagene Dividende	
SZR 225 je Aktie für 452 073 Aktien	(101,7)
Für 18 000 neu begebene Aktien (anteilig ab Valutadatum der Aktienzeichnung)	(2,3)
	(104,0)
Vorgeschlagene Zuweisungen an andere Reserven	432,1
Allgemeiner Reservefonds	(86,4)
Besonderer Dividenden-Reservefonds	(20,5)
Freier Reservefonds	(325,2)
Gewinn nach Zuweisungen an die Reserven	–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden- Reservefonds	Freier Reservefonds	2004 Statutarische Reserven insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2003						
– nach Neuberechnung	31	66,1	2 379,7	105,3	4 971,6	7 522,7
Verwendung des Gewinns 2002/03		–	41,4	4,2	432,7	478,3
Neu begebene Aktien	14	2,2	227,6	–	–	229,8
Stand am 31. März 2004 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	2 648,7	109,5	5 404,3	8 230,8
Vorgeschlagene Zuweisungen an Reserven		–	86,4	20,5	325,2	432,1
Stand am 31. März 2004 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	2 735,1	130,0	5 729,5	8 662,9

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr

							2004	2003
Mio. SZR	Anmerkung	Aktienkapital	Statutarische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigenkapitalposten	Eigenkapital insgesamt	Eigenkapital insgesamt nach Neuberechnung
Eigenkapital am 31. März 2003								
– nach Neuberechnung								
	31	661,4	7 522,7	575,4	(739,1)	908,8	8 929,2	8 569,0
Zahlung der Dividende 2002/03		–	–	(97,1)	–	–	(97,1)	(81,9)
Verwendung des Gewinns 2002/03		–	478,3	(478,3)	–	–	–	–
Zurückgenommene Aktien – Effekt des Schiedsurteils	15	–	–	–	(113,5)	–	(113,5)	(196,1)
Neu begebene Aktien	14	22,5	229,8	–	–	–	252,3	–
Bewertungsänderungen bei Anlagepapieren netto	5	–	–	–	–	(158,7)	(158,7)	303,9
Bewertungsänderungen bei eigenen Goldbeständen netto	4	–	–	–	–	261,7	261,7	17,3
Währungsumrechnungen	31	–	–	–	–	–	–	(275,8)
Reingewinn für das Geschäftsjahr		–	–	536,1	–	–	536,1	592,8
Stand am 31. März 2004 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung								
		683,9	8 230,8	536,1	(852,6)	1 011,8	9 610,0	8 929,2
Vorgeschlagene Dividende		–	–	(104,0)	–	–	(104,0)	
Vorgeschlagene Zuweisungen an Reserven		–	432,1	(432,1)	–	–	–	
Stand am 31. März 2004 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung								
		683,9	8 662,9	–	(852,6)	1 011,8	9 506,0	

In den statutarischen Reserven sind Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten.

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die im Rahmen der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihres Grundgesetzes und ihrer Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Die Aufgaben der BIZ bestehen gemäß Artikel 3 der Statuten darin, die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 56 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Der Verwaltungsrat der Bank setzt sich aus den Präsidenten der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, den USA und dem Vereinigten Königreich zusammen; zudem werden weitere Mitglieder aus sechs dieser Länder ernannt.

Der vorliegende Jahresabschluss umfasst die nach Artikel 49 der Statuten der Bank erforderliche Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Berichtswährung

Mit Wirkung vom 1. April 2003 ist die Berichtswährung der Bank das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Bis zum 1. April 2003 war die Berichtswährung der Bank der Goldfranken (GFr.) gewesen. Die Änderung wurde vorgenommen, um der BIZ die Durchführung ihres Bankgeschäfts und den sinnvollen Einsatz ihres ökonomischen Kapitals zu erleichtern und die Transparenz ihres Abschlusses zu verbessern.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 29. Dezember 2000 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2001 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,577, EUR 0,426, JPY 21 und GBP 0,0984. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

B. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der Offenlegung

Gleichzeitig mit der Einführung des SZR als Berichts-

währung hat die Bank ihre Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden überprüft und sie genauer auf ihre Geschäftstätigkeit abgestimmt. Infolgedessen sind am 1. April 2003 eine Reihe von Änderungen dieser Methoden sowie der Offenlegung in Kraft getreten. Dank dieser – im Folgenden zusammengefassten – Änderungen werden die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragskraft der Bank präziser und ausführlicher wiedergegeben.

Erfassung von Finanzinstrumenten in der Bilanz

Um dem immer stärker marktorientierten Charakter der Geschäfte der Bank Rechnung zu tragen, werden die meisten Finanzinstrumente in der Bilanz auf der Basis des Handelsdatums zum Marktwert ausgewiesen. Derivative Finanzinstrumente werden auf beiden Seiten der Bilanz zum Bruttomarktwert ausgewiesen. Ausnahmen sind weiter unten in den Anmerkungen „Finanzinstrumente (ohne Gold und Goldeinlagen)“ sowie „Gold und Goldeinlagen“ aufgeführt. In früheren Jahren wurden die Finanzinstrumente auf der Basis des Valutadatums zu den fortgeführten historischen Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei die Derivate auf Nettobasis bilanziert wurden.

Erfassung von Finanzinstrumenten im Eigenkapital

Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Bankgeschäft (die sich bei der Annahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen ergeben) sowie alle derivativen Finanzinstrumente werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Für die Vermögenswerte im Anlagebestand der Bank (u.a. ihre als Eigenkapital definierten Gold- und Währungsanlagen) sind in der Gewinn- und Verlustrechnung die auf die historischen Anschaffungskosten berechneten Zinserträge und die realisierten Gewinne enthalten; nicht realisierte Veränderungen des Marktwerts werden direkt in den Bewertungsreserven im Eigenkapital verbucht. In den vorangegangenen Geschäftsjahren wurden die auf die historischen Anschaffungskosten berechneten Zinserträge und die realisierten Gewinne in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank erfasst, nicht realisierte Veränderungen des Marktwerts erschienen jedoch in der Gewinn- und Verlustrechnung und im Eigenkapital nicht.

Währungsumrechnungsdifferenzen

Währungsumrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. In früheren Jahren wurden sie auf dem Währungsumrechnungskonto, das zum Eigenkapital gehörte, verbucht.

Die neuen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für einzelne Posten des Jahresabschlusses werden weiter unten näher beschrieben. In Anmerkung 31 findet sich eine Überleitungsrechnung vom Goldfranken-Jahresabschluss vom 31. März 2003 zum SZR-Jahresabschluss unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Vergleichszahlen für das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr wurden entsprechend diesen Änderungen neu berechnet.

C. Währungsumrechnung

Finanzinstrumente werden zum Wechselkurs am Bilanzstichtag in SZR umgerechnet, andere Aktiva und Passiva zum Wechselkurs des Transaktionstages. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von Finanzinstrumenten sowie infolge der Abrechnung von Transaktionen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

D. Bewertungsmethode

Die Bank bewertet ihre Aktiva, Passiva und Derivate grundsätzlich zum Marktwert, den sie anhand verlässlicher, notierter Marktpreise von aktiven Märkten ermittelt. Sind solche Preise nicht verfügbar (z.B. für nicht börsen gehandelte Derivate), bestimmt sie den Marktwert anhand von Finanzmodellen mit einer Analyse der abgezinsten Barmittelströme, die sich auf Schätzungen der künftigen Zahlungsströme, Zinssätze und Wechselkurse und der künftigen Geschwindigkeit vorzeitiger Tilgungen sowie auf Kredit-, Liquiditäts- und Volatilitätsfaktoren stützt.

E. Finanzinstrumente (ohne Gold und Goldeinlagen)

Diese Finanzinstrumente machen den größten Teil der Bilanz der Bank aus. Sie umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken, Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken, Staats- und andere Wertpapiere, derivative Finanzinstrumente, Währungseinlagen sowie mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere.

Die Gewinne gegenüber den historischen Anschaffungskosten, die durch auflaufende Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge zustande kommen, werden dabei jeweils im Zinsertrag (Aktiva und derivative Instrumente) bzw. im Zinsaufwand (Passiva) verbucht. Bei Abgabe, Rückkauf und vorzeitiger Tilgung realisierte Gewinne gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ ein.

Die meisten Finanzinstrumente bilanziert die Bank auf der Basis des Handelsdatums zum Marktwert. Derivate werden entsprechend dem Marktwert des Kontrakts ausgewiesen, d.h. bei für die Bank positivem Marktwert auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Marktwert auf der Passivseite. Ausgenommen von der grundsätzlichen Bewertung zu Marktwerten sind sehr kurzfristige Finanzinstrumente, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden – in den Posten „Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken“ sowie „Währungseinlagen“ auf der Aktiv- bzw. Passivseite – zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen auf Valutabasis ausgewiesen.

Die Behandlung nicht realisierter Gewinne bzw. Verluste aus Neubewertung hängt von der Klassifizierung des Finanzinstruments ab:

1. Währungseinlagen hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen sowie damit verbundene Aktiva und Derivate im Bankgeschäft

Für bestimmte Währungseinlageninstrumente tritt die Bank

als Marktmacher auf. Das damit verbundene Marktrisiko wird global gesteuert; die Bank bilanziert daher diese Finanzinstrumente alle zum Marktwert, und sämtliche Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

2. Aktiva, Passiva und Derivate im Zusammenhang mit als Eigenkapital definierten Anlagen

Diese Anlagen werden langfristig – wenn auch nicht unbedingt bis zur Fälligkeit – gehalten. Sie gelten als Finanzanlagen und werden erstmalig zum Einstandswert bilanziert. Danach werden sie zum Marktwert neu bewertet; unrealisierte Gewinne oder Verluste werden in der Wertpapierbewertungsreserve verbucht, die in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Bei den entsprechenden Passiva handelt es sich hauptsächlich um kurzfristige Repo-Geschäfte. Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden sie zum Marktwert bilanziert; alle Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Die entsprechenden Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden zum Marktwert bilanziert; alle Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

F. Gold und Goldeinlagen

Goldaktiva und -passiva werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (umgerechnet zum Gold-Marktpreis und zum USD/SZR-Wechselkurs), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Die Zinsen für Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt im Zinsertrag (Aktiva) bzw. Zinsaufwand (Passiva) enthalten.

Die eigenen Goldbestände der Bank sind als Finanzanlagen eingestuft. Der Wert, um den die eigenen Goldbestände der Bank den früheren statutarischen Wert übersteigen (rund SZR 151 je Unze, d.h. USD 208 je Unze am 31. März 2003), wird in der Goldbewertungsreserve verbucht, die in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Gewinne oder Verluste aus der Neubewertung von Goldeinlagen von Kunden auf der Passivseite und den entsprechenden Goldaktiva gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

G. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zu Einstandswerten bilanziert.

H. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: 4 Jahre

Sonstige Ausstattung: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung regelmäßig auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Vermögenswerts höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben. Investitionen und Veräußerungen werden zum Wechselkurs des Transaktionstages umgerechnet.

I. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung sinnvoll geschätzt werden kann.

J. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem mit einem Fondsvermögen. Ferner führt sie einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder sowie ein Kranken- und Unfallversicherungssystem für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Diesen beiden liegt kein Fondsvermögen zugrunde.

Pensionsfonds

Die Verbindlichkeit in Bezug auf den Pensionsfonds des Personals basiert auf dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag abzüglich des Marktwerts des Pensionsfonds-Vermögens am Bilanzstichtag sowie Bereinigung um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstaufwand. Der Umfang dieser leistungsorientierten Verpflichtung wird jährlich von unabhängigen Aktuarien mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse ermittelt, wobei Diskontierungssätze für Unternehmensanleihen mit hohem Rating und ähnlichen Restlaufzeiten wie bei der entsprechenden Verbindlichkeit zugrunde gelegt werden.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der leistungsorientierten Verpflichtung. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechenden Forderungen bzw. Verbindlichkeiten sind in der Bilanz im Posten „Kurzfristige Forderungen“ bzw. „Sonstige Passiva“ enthalten.

Vorsorgeverpflichtungen ohne Fondsvermögen

Die Verbindlichkeiten aus dem Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder sowie aus der Kranken- und Unfallversicherung (beide ohne Fondsvermögen) basieren auf

dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und werden genauso berechnet wie die Verbindlichkeit aus dem Pensionsfonds des Personals. Im Falle der Kranken- und Unfallversicherung (wo die Anspruchsberechtigung grundsätzlich darauf beruht, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat) werden die erwarteten Kosten der Leistungen über die gesamte Dienstzeit mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode kumuliert. Diese Verpflichtungen werden jedes Jahr von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

„Korridor“-Konzept

Wenn die leistungsorientierte Verpflichtung die Verbindlichkeit oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) im Jahresabschluss um mehr als 10% überschreitet, wird diese über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit des betreffenden Personalmitglieds amortisiert.

K. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Direktion der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Die Direktion stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, eigene Annahmen und ihr Urteilsvermögen. Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

3. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

4. Gold und Goldeinlagen (Aktiva)

Die Goldbestände der Bank setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. SZR	2004	2003
Goldbarren bei Zentralbanken	5 463,9	4 534,2
Termineinlagen in Gold insgesamt	3 609,9	3 007,7
Gold und Goldeinlagen insgesamt	9 073,8	7 541,9

Darin enthalten sind die eigenen Goldbestände der Bank. Am 31. März 2004 betragen diese SZR 1 780,7 Mio., was 192 Tonnen Feingold entsprach (31. März 2003: SZR 1 519,0 Mio.; 192 Tonnen). Die eigenen Goldbestände der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (umgerechnet zum Gold-Marktpreis und zum USD/SZR-Wechselkurs), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert den früheren statutarischen Wert von rund SZR 151 je Unze übersteigt, wird in der Goldbewertungsreserve verbucht (in der Bilanz unter

„Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung eigener Goldbestände werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Anfangsstand der Goldbewertungsreserve am 1. April 2003 betrug SZR 571,6 Mio. Die Reserve erhöhte sich während des am 31. März 2004 abgeschlossenen Geschäftsjahres um SZR 261,7 Mio. auf SZR 833,3 Mio. am 31. März 2004.

5. Bankgeschäftsaktiva und Finanzanlagen

Hierzu gehören Schatzwechsel, mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere. Die Bankgeschäftsaktiva kommen durch die Wiederanlage von Kundeneinlagen zustande. Die Finanzanlagen sind die Währungsanlagen, die durch Eigenkapital der Bank gedeckt sind.

Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere („Reverse Repos“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage bei einer Gegenpartei tätigt, die eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Sicherheit bei Rückzahlung der Einlage zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Marktwert der Sicherheit

überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Terminguthaben und Kredite an Banken sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken; sie schließen befristete Kredite, Kündigungskonten und Darlehen an Zentralbanken und internationale Organisationen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage) ein.

Staats- und andere Wertpapiere sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In der nachstehenden Tabelle werden die Bestände der Bank an Bankgeschäftsaktiva und Finanzanlagen aufgeschlüsselt.

Die Finanzanlagen der Bank werden zum Marktwert bilanziert. Der Betrag, um den der Marktwert die historischen Anschaffungskosten übersteigt, wird in der Wertpapierbewertungsreserve verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Finanzanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Anfangsstand der Wertpapierbewertungsreserve am 1. April 2003 betrug

Mio. SZR	2004			2003		
	Bank-geschäft	Finanz-anlagen	Insgesamt	Bank-geschäft	Finanz-anlagen	Insgesamt
Schatzwechsel	30 240,7	–	30 240,7	20 724,5	–	20 724,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	20 609,7	1 225,5	21 835,2	12 181,8	73,2	12 255,0
Terminguthaben und Kredite an Banken						
Kredite	–	–	–	387,6	–	387,6
Auf Termin	65 515,0	–	65 515,0	53 562,9	–	53 562,9
Kündigungskonten	2 640,6	6,8	2 647,4	4 767,2	10,5	4 777,7
	68 155,6	6,8	68 162,4	58 717,7	10,5	58 728,2
Staats- und andere Wertpapiere						
Staatspapiere	3 853,5	4 978,4	8 831,9	8 630,7	4 612,4	13 243,1
Finanzinstitute	15 508,2	1 221,8	16 730,0	14 299,3	1 189,6	15 488,9
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	6 584,3	1 336,9	7 921,2	8 391,5	1 609,1	10 000,6
	25 946,0	7 537,1	33 483,1	31 321,5	7 411,1	38 732,6
Bankgeschäftsaktiva und Finanzanlagen insgesamt	144 952,0	8 769,4	153 721,4	122 945,5	7 494,8	130 440,3

31. März 2004	Marktwert der Aktiva	Historische Anschaffungskosten	Wertpapierbewertungsreserve	Bruttogewinne	Bruttoverluste
Mio. SZR					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 225,5	1 225,5	–	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	6,8	6,8	–	–	–
Staats- und andere Wertpapiere	7 537,1	7 358,6	178,5	193,0	(14,5)
Insgesamt	8 769,4	8 590,9	178,5	193,0	(14,5)

SZR 337,2 Mio. Die Reserve verringerte sich während des am 31. März 2004 abgeschlossenen Geschäftsjahres um SZR 158,7 Mio. auf SZR 178,5 Mio. am 31. März 2004.

Die vorstehende und die nachstehende Tabelle schlüsseln den Stand der Wertpapierbewertungsreserve am 31. März 2004 bzw. am 31. März 2003 auf.

31. März 2003	Marktwert der Aktiva	Historische Anschaffungskosten	Wertpapierbewertungsreserve	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	73,2	73,2	–	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	10,5	10,5	–	–	–
Staats- und andere Wertpapiere	7 411,1	7 073,9	337,2	337,6	(0,4)
Insgesamt	7 494,8	7 157,6	337,2	337,6	(0,4)

6. Derivative Finanzinstrumente

<i>Mio. SZR</i>	2004			2003		
	Nominalwert	Marktwert		Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva		Aktiva	Passiva
Anleihefutures	212,7	0,0	(0,0)	211,4	0,1	(0,8)
Anleiheoptionen	388,4	0,1	(0,0)	562,4	1,4	(0,7)
Devisenoptionen (An- und Verkauf)	16,6	0,0	(0,0)	327,2	1,7	(1,7)
Devisenswaps	37 990,0	53,7	(750,1)	51 717,0	159,1	(202,8)
Forward Rate Agreements	17 623,0	4,7	(5,0)	26 437,5	8,6	(9,1)
Swaptions	1 589,4	0,0	(25,0)	–	–	–
Währungsterminkontrakte	2 209,5	17,7	(5,6)	824,6	2,3	(8,0)
Zinsfutures	42 143,9	0,4	(0,4)	18 511,9	1,3	(0,4)
Zinsswaps	85 894,0	3 003,1	(1 099,1)	125 018,0	3 723,3	(1 219,5)
Zins-/Währungsswaps	11 388,0	241,4	(2 454,5)	10 638,0	68,3	(1 791,1)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt	199 455,5	3 321,1	(4 339,7)	234 248,0	3 966,1	(3 234,1)

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente:

Währungsterminkontrakte sind Verpflichtungen, an einem künftigen Datum Fremdwährungen zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Fremdwährungs-, Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Wechselkursen, Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futures-Kontrakte werden durch flüssige Mittel oder marktfähige Wertpapiere besichert, und Wertveränderungen des Kontrakts werden täglich mit der Börse abgerechnet.

Forward Rate Agreements sind einzeln ausgehandelte Zinsterminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swapgeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen oder Zinssätzen (z.B. ein fester Zins gegen einen variablen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisenswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Devisen- und Anleiheoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer gegen Zah-

lung einer Prämie das Recht einräumt, jedoch ohne ihn zu verpflichten, an einem oder bis zu einem vereinbarten Datum einen festgelegten Betrag einer Fremdwährung oder eine Anleihe zu einem fixen Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option).

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, jedoch ohne ihn zu verpflichten, an einem oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen.

In der oben stehenden Tabelle wird der Marktwert der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

7. Kurzfristige Forderungen

<i>Mio. SZR</i>	2004	2003
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	1 598,0	3 143,1
Sonstige Forderungen	11,6	30,8
Kurzfristige Forderungen insgesamt	1 609,6	3 173,9

Bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Schulden, die begeben wurden.

8. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Mio. SZR				2004	2003
	Grundstücke	Gebäude	Geschäfts- ausstattung	Insgesamt	Insgesamt
Historische Anschaffungskosten					
Anfangsstand am 1. April	41,2	185,1	79,4	305,7	298,0
Investitionen	–	–	10,5	10,5	8,4
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(1,8)	(1,8)	(0,7)
Stand am 31. März	41,2	185,1	88,1	314,4	305,7
Abschreibungen					
Kumulierte Abschreibungen am 1. April	–	61,2	48,1	109,3	95,3
Abschreibungen	–	7,1	9,8	16,9	14,7
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(1,8)	(1,8)	(0,7)
Stand am 31. März	–	68,3	56,1	124,4	109,3
Nettobuchwert am 31. März	41,2	116,8	32,0	190,0	196,4

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 3,3 Mio. nach einer Überprüfung der Grundstücke und Gebäude der Bank auf Wertminderungen.

9. Währungseinlagen

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank; sie sind in der unten stehenden Tabelle aufgegliedert.

Mio. SZR	2004	2003
Mit 1-2 Tagen Kündigung rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	41 198,8	41 744,4
FIXBIS	35 212,5	31 681,8
	76 411,3	73 426,2
Sonstige Währungseinlagen		
Sonstige Einlageninstrumente (FRIBIS)	6 200,2	6 063,0
Sichtkonten, Kündigungskonten und Termineinlagen	50 541,0	43 029,8
	56 741,2	49 092,8
Währungseinlagen insgesamt	133 152,5	122 519,0

Bei bestimmten Einlageninstrumenten hat sich die Bank verpflichtet, sie mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise – zum Marktwert – zurückzuzahlen. Die dabei entstehenden Gewinne bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ ausgewiesen.

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungskonten) werden zum Marktwert bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss und der sich für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2004, auf SZR 128 682,8 Mio. (31. März 2003: SZR 120 913,1 Mio.) beläuft.

10. Goldeinlagen (Passiva)

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken.

11. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere („Repo-Geschäfte“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung zur Rückzahlung der Einlage gegen Rückgabe der Wertpapiere. Diese Einlagen stammen ausschließlich von Geschäftsbanken.

12. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten bestehen aus Finanzgeschäften vor Abwicklung, d.h. kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekauft Schulden.

13. Sonstige Passiva

Mio. SZR	2004	2003
Vorsorgeverpflichtungen – Anmerkung 17		
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	4,0	4,0
Kranken- und Unfallversicherung	111,2	97,1
Zahlbar an ehemalige Aktionäre	14,5	208,9
Sonstige	14,7	288,9
Sonstige Passiva insgesamt	144,4	598,9

14. Aktienkapital

Die außerordentliche Generalversammlung vom 10. März 2003 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass mit Wirkung vom 1. April 2003 die Denomination des Aktienkapitals der Bank von Goldfranken in SZR umgewandelt und der Nominalwert der einzelnen Aktien entsprechend angepasst wurde. Damit der Nominalwert je Aktie auf einen runden Betrag lautet, wurde der exakte Umrechnungswert von SZR 5 696 am 31. März 2003 auf SZR 5 000 abgerundet (eingezahlt zu 25%). Der dabei entstehende Überschuss von SZR 92,1 Mio. beim eingezahlten Aktienkapital wurde auf den Freien Reservefonds übertragen (Anmerkung 31). Der Gesamtbetrag des Kapitals und der Reserven der Bank blieb dabei unverändert.

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

	2004	2003
	Mio. SZR	Mio. GFr.
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000 (2003: GFr. 2 500)	3 000,0	1 500,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien (2003: 529 125)	2 735,6	1 322,8
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	330,7

In dem am 31. März 2004 abgeschlossenen Geschäftsjahr gab die Bank je 3 000 Aktien an die Zentralbanken von Algerien, Chile, Indonesien, Israel, Neuseeland und den Philippinen aus. Damit erweiterte sich der Kreis der Aktionärszentralbanken auf 56 (31. März 2003: 50).

Dividendenberechtigte Aktien:

	2004	2003
Begebene Aktien	547 125	529 125
Abzüglich: Eigene Aktien		
Aktienrücknahme in dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr	(74 952)	(74 952)
Sonstige	(2 100)	(2 100)
Umlaufende dividendenberechtigte Aktien	470 073	452 073
Davon:		
Volle Dividende	452 073	452 073
Neue Aktien mit anteiliger Dividende ab Zeichnungsdatum	18 000	–

15. Rücknahme von Aktien

Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. Januar 2001 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt ist. Dementsprechend wurden von Privataktionären (d.h. nicht Zentralbanken) 72 648 Aktien obligatorisch zurückgenommen, deren Stimmrechte bei den Zentralbanken Belgiens, Frankreichs bzw. der USA liegen. Dafür wurde eine Entschädigung von 16 000 Schweizer Franken je Aktie gezahlt. Gleichzeitig nahm die Bank 2 304 Aktien dieser drei Ausgaben von anderen Zentralbanken zurück. Die Bank hält diese Aktien als eigene Aktien und wird sie zu gegebener Zeit nach vom Ver-

waltungsrat festzulegenden Modalitäten unter ihren bestehenden Aktionärszentralbanken aufteilen.

Drei ehemalige Privataktionäre äusseren ihre Unzufriedenheit über die Höhe der Entschädigung, die die Bank ihnen im Zusammenhang mit der obligatorischen Aktienrücknahme gezahlt hat, und erhoben Klage vor dem Schiedsgericht in Den Haag. Dieses Verfahren wurde mit dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts vom 19. September 2003 abgeschlossen, das eine zusätzliche Entschädigung von CHF 7 977,56 je Aktie verfügte. Die Bank wandte die Entscheidung auf alle ehemaligen Aktionäre an; die Kosten der Rücknahme der insgesamt 74 952 Aktien erhöhten sich damit um SZR 153,8 Mio., wie folgt:

Mio. SZR	2004
Zulasten eigener Aktien	
Zusätzliche Entschädigung über die Höhe der Rückstellung hinaus	113,5
Zulasten Gewinn- und Verlustrechnung	
Zusätzliche Zinsen über die Höhe der Rückstellung hinaus	32,9
Währungsumrechnungsverlust	7,4
Insgesamt	153,8

16. Ergebnis je Aktie

	2004	2003
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	536,1	592,8
Gewichteter Durchschnitt dividendenberechtigter Aktien	462 114	452 073
Ergebnis je Aktie – (SZR je Aktie)	1 160	1 311

Für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 225 je Aktie vorgeschlagen (2003: CHF 400, entsprechend SZR 214,8).

17. Vorsorgeverpflichtungen

A. Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank führt einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind. Diese Rechnung verzeichnete während des Jahres folgende Bewegungen:

Mio. SZR	2004	2003
Anfangsschuld	4,0	3,6
Gezahlte Beiträge	(0,3)	(0,2)
Verbucht in Gewinn- und Verlustrechnung	0,4	0,3
Umrechnungsdifferenzen	(0,1)	0,3
Schlusschuld – Anmerkung 13	4,0	4,0

B. Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt

bezogenen Gehalt basieren. Das Pensionssystem beruht auf einem Fonds, der mit einem Treuhandfonds vergleichbar ist, da er keine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Seine Aktiva werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Der Fonds wird von unabhängigen Aktuarien jährlich neu bewertet, zuletzt am 30. September 2003.

Mio. SZR	2004	2003
Barwert der gedeckten Verpflichtungen	527,8	511,3
Marktwert des Fondsvermögens	(525,4)	(480,9)
	2,4	30,4
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(2,4)	(30,4)
Schuld	-	-

Folgende Bewegungen wurden während des Geschäftsjahres verzeichnet:

Mio. SZR	2004	2003
Anfangs(forderung)/-schuld	-	-
Gezahlte Beiträge	(14,5)	(30,1)
Verbucht in Gewinn- und Verlustrechnung	14,5	30,1
Schluss(forderung)/-schuld	-	-

In diesen Berechnungen wurden vor allem folgende versicherungsmathematischen Annahmen verwendet:

	2004	2003
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	3,5%	3,5%
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,0%	5,0%

C. Leistungen bei Krankheit und Unfall

Bei einer Dienstzeit von mindestens 10 Jahren erbringt die Bank ferner Leistungen zur Deckung der Kosten von Krankheit und Unfall im Ruhestand; diese Leistungen sind nicht durch ein Fondsvermögen gedeckt. Die Methodik für die Ermittlung der Kosten und Verpflichtungen aus diesem System und die für die Berechnung der Leistungen verwendeten versicherungsmathematischen Annahmen sind dieselben wie beim Pensionssystem; es wird lediglich zusätzlich die Annahme eines langfristigen Kostenanstiegs im Gesundheitswesen von 5% p.a. verwendet.

Folgende Bewegungen wurden während des Geschäftsjahres verzeichnet:

Mio. SZR	2004	2003
Anfangsschuld	97,1	81,6
Gezahlte Beiträge	(1,2)	(3,4)
Verbucht in Gewinn- und Verlustrechnung	16,4	8,6
Umrechnungsdifferenzen	(1,1)	10,3
Schlusschuld – Anmerkung 13	111,2	97,1
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	18,1	22,9
Barwert der Verpflichtung	129,3	120,0

18. Zinsertrag

Mio. SZR	2004	2003
Zinsen auf Finanzanlagen		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	9,9	17,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	25,4	29,1
Staats- und andere Wertpapiere	269,8	317,9
	305,1	364,8
Zinsen auf Bankgeschäftsaktiva		
Schatzwechsel	233,4	217,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	104,3	103,5
Terminguthaben und Kredite an Banken	1 106,7	1 567,1
Staats- und andere Wertpapiere	721,6	838,0
	2 166,0	2 726,1
Zinsen auf derivative Finanzinstrumente	1 022,3	1 043,8
Sonstige Zinsen	0,5	0,5
Zinsertrag insgesamt	3 493,9	4 135,2

19. Zinsaufwand

Mio. SZR	2004	2003
Zinsen auf Goldeinlagen	7,0	11,3
Zinsen auf Währungseinlagen	2 665,7	3 201,7
Zinsen auf mit Rückgabvereinbarung veräußerte Wertpapiere	8,4	15,9
Zinsaufwand insgesamt	2 681,1	3 228,9

20. Bewertungsänderungen netto

Mio. SZR	2004	2003
Nicht realisierte Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte im Bankgeschäft	(98,9)	439,5
Realisierte Gewinne/(Verluste) auf finanzielle Vermögenswerte im Bankgeschäft	32,1	31,7
Nicht realisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	583,8	(1 341,8)
Realisierte Gewinne/(Verluste) auf finanzielle Verbindlichkeiten	(327,1)	(418,5)
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	(448,6)	974,8
Bewertungsänderungen netto	(258,7)	(314,3)

21. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Mio. SZR	2004	2003
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	5,8	6,0
Aufwand aus Gebühren und Provisionen	(4,4)	(4,3)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	1,4	1,7

22. Nettodevisengewinne

Die Nettodevisengewinne umfassen Transaktions- und Umrechnungsgewinne.

23. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgliedert.

Mio. CHF	2004	2003
Verwaltungsrat		
Honorare	1,6	1,5
Renten	0,6	0,6
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,5	1,3
	3,7	3,4
Direktion und Personal		
Vergütung	96,1	96,3
Renten	30,2	62,9
Sonstiger Personalaufwand	44,4	22,9
	170,7	182,1
Sachaufwand	62,1	62,0
Verwaltungskosten in Mio. CHF	236,5	247,5
Verwaltungskosten in Mio. SZR	125,6	127,6
Abschreibungen in Mio. SZR	16,9	14,7
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	142,5	142,3

Die Rentenaufwendungen in dem am 31. März 2003 abgeschlossenen Geschäftsjahr umfassen u.a. einen außerordentlichen Beitrag von CHF 33,9 Mio. zum Pensionsfonds für das Personal der Bank. Der Sonstige Personalaufwand erhöhte sich in dem am 31. März 2004 abgeschlossenen Geschäftsjahr vor allem wegen des Anstiegs der Kosten für die Kranken- und Unfallversicherung, die in Anmerkung 17 in SZR dargestellt sind.

Die durchschnittliche Zahl Beschäftigter, in Vollzeitstellen umgerechnet, betrug in dem am 31. März 2004 abgeschlossenen Geschäftsjahr 509 (2003: 493).

24. Nettogewinne auf Veräußerungen von Anlagepapieren

Mio. SZR	2004	2003
Realisierte Bruttogewinne	172,5	153,8
Realisierte Bruttoverluste	(18,1)	(6,8)
Nettogewinne aus Anlagepapieren	154,4	147,0

25. Steuern

Die rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Gemäß diesem Sitzabkommen ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

26. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden:

	Kassakurs am 31. März		Durchschnittskurs im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2004	2003	2004	2003
USD	0,675	0,728	0,700	0,755
EUR	0,827	0,793	0,821	0,749
JPY	0,00649	0,00613	0,00620	0,00620
GBP	1,239	1,150	1,183	1,167
CHF	0,530	0,537	0,531	0,511
Gold	286,5	244,1	263,8	245,4

27. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Rückgriff auf die Bank. Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

Mio. SZR	2004	2003
Nominalwert der Wertpapierbestände		
In Depotverwahrung für Kunden	9 153,5	8 309,6
Gemäß Pfandbestellungsvereinbarung	2 346,2	3 556,4
Im Rahmen von Portfolio-managementmandaten	2 903,3	2 158,9
Insgesamt	14 403,0	14 024,9

Die im Rahmen der erwähnten Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

28. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für die zu ihrem Kundenkreis zählenden Zentralbanken und internationalen Organisationen bereit. Am 31. März 2004 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser fest zugesagten Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 2 867,2 Mio. (verglichen mit SZR 2 780,5 Mio. am 31. März 2003); davon waren SZR 118,2 Mio. nicht besichert (31. März 2003: SZR 150,0 Mio.).

29. Nahe stehende Personen

Als nahe stehende Personen definiert die Bank derzeit die Mitglieder des Verwaltungsrats und der Direktion.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an, deren Zinssatz vom Präsidenten der Bank festgelegt wird. Am 31. März 2004 betrug der Saldo auf den persönlichen Einlagenkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Direktion SZR 7,4 Mio. (31. März 2003: SZR 7,5 Mio.).

30. Eigenkapital und Risikomanagement

A. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank ist bei ihren Finanzgeschäften Risiken ausgesetzt; die wichtigsten sind:

Kreditrisiko. Risiko eines finanziellen Verlusts, wenn eine Gegenpartei ihre Schulden nicht termingemäß bedient. Dies ist das größte Risiko, dem die Bank ausgesetzt ist.

Marktrisiko. Risiko eines Rückgangs des Gesamtwerts von Aktiva und Passiva der Bank infolge von Veränderungen von Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen und Goldpreisen.

Liquiditätsrisiko. Risiko, Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen zu können, ohne inakzeptable Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko. Risiko, dass der Bank infolge unzulänglicher oder versagender Abläufe, Fehlern von Mitarbeitern, Systemmängeln oder externer Ereignisse finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen.

B. Risikomanagement der Bank

Organisationsstruktur

Aufgabe der Bank ist es, als Bank für Zentralbanken zu fungieren und gleichzeitig eine angemessene Rendite zu erzielen, um ihre starke Eigenkapitalbasis zu halten. Aktiva und Passiva sind in zwei Bereichen organisiert:

Währungs- und Goldeinlagen hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen sowie damit verbundene Aktiva und Derivate aus dem Bankgeschäft.

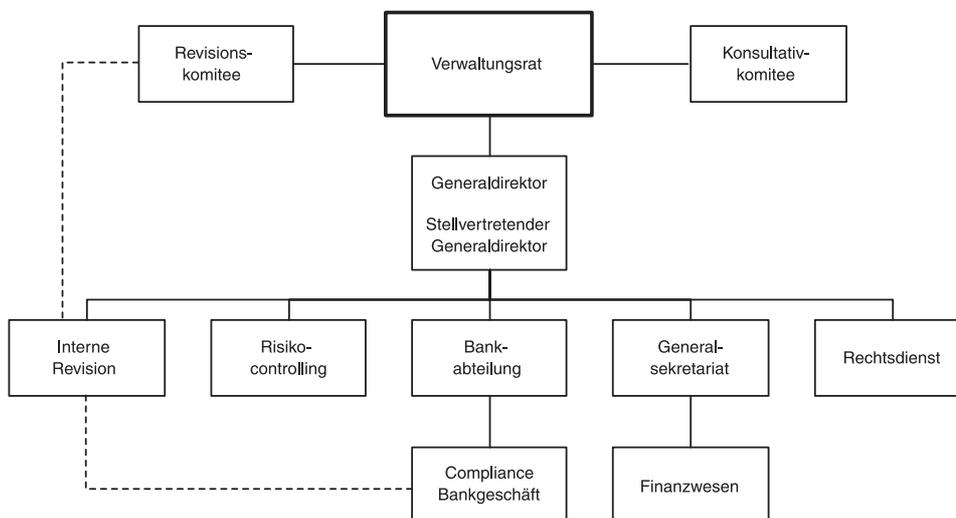
In diesem Bereich geht die Bank ein begrenztes Zinsänderungs-, Goldpreis- und Wechselkursrisiko ein.

Aktiva, Passiva und Derivate im Zusammenhang mit als Eigenkapital definierten Anlagen.

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihen-Benchmark mit einem festen Durationsziel verwaltet. Der Rest wird in Gold gehalten.

Für ihr Risikomanagement hat die Bank die Funktion eines unabhängigen Risikocontrolling mit regelmäßigen Risikoberichten an das zuständige Management geschaffen. Die Risikomanagement-Verfahren und die Risikopolitik der Bank sind in einem ausführlichen „Risk Manual“ dokumentiert, das regelmäßig aktualisiert wird. Die Kreditlimits der Bank sind in einem zusätzlichen Handbuch dokumentiert. Für jegliche Änderung von Kreditlimits ist die Zustimmung des Managements erforderlich.

Finanzwesen, Rechtsdienst und Compliance-Stelle für das Bankgeschäft ergänzen das Risikocontrolling. Das Finanzwesen hat die Aufgabe, die Finanzausweise der Bank zu erstellen und ihre Ausgaben durch Erstellen und Überwachen des Jahresbudgets zu kontrollieren. Der Rechtsdienst bietet juristischen Rat und Unterstützung zu einem breiten Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit der



Tätigkeit der Bank. Die Compliance-Stelle für das Bankgeschäft stellt sicher, dass sowohl bei der Durchführung der Geschäfte der Bankabteilung als auch seitens der Mitarbeitenden der Bankabteilung und des Risikocontrollings der Verhaltenskodex der Bank, spezielle Vorschriften der Bankabteilung, geltende gesetzliche Bestimmungen und die Best-Practice-Richtlinien im Finanzbereich eingehalten werden.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und beurteilt, inwieweit sie mit internen Standards und Best-Practice-Richtlinien des Finanzsektors im Einklang stehen. Zur Internen Revision gehört u.a. die Überprüfung der Risikomanagement-Verfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Führungsabläufe.

Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das Risikocontrolling und die Interne Revision der Bank verantwortlich; die Interne Revision untersteht zudem dem Revisionskomitee. Die Organisationsstruktur dieser wichtigen Kontrollfunktionen ist aus der Grafik auf der vorhergehenden Seite ersichtlich.

C. Risikomanagement-Verfahren

Die Bank bewertet Finanzinstrumente und misst das Risiko für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital mithilfe einer Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Richtlinien.

Ein zentrales Element der quantitativen Risikomanagement-Verfahren der Bank ist das ökonomische Kapital. Es ist eine Messgröße zur Schätzung des Betrags an Eigenkapital, der erforderlich ist, um potenzielle Verluste aus den an jedem beliebigen Tag bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau angelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Viele interne Limits und Meldungen der Bank beziehen sich auf das eingesetzte ökonomische Kapital. Die Bank berechnet das ökonomische Kapital, das das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko decken soll.

Zur Berechnung des zur Unterlegung des Kreditrisikos erforderlichen ökonomischen Kapitals verwendet die Bank ein internes Modell für den Value at Risk (VaR) eines Kreditportfolios, das auf ihren Einschätzungen der folgenden Größen beruht:

- Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Gegenparteien
- Verlustkorrelationen für die einzelnen Gegenparteien
- Verlust, den die Bank bei einem Ausfall erleiden würde

Die Messgröße des für das Marktrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitals wird aus dem VaR-Verfahren der Bank abgeleitet. Näheres hierzu s. Abschnitt I weiter unten.

Die Messgröße des für das operationelle Risiko erforderlichen ökonomischen Kapitals beruht auf einem Modell, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kredit-, das Markt- und das operationelle Risiko sind die wesentlichen verwendeten Annahmen ein Zeithorizont von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,995%.

D. Angemessene Eigenkapitalausstattung

Die Bank weist eine sehr solide Eigenkapitalausstattung auf, die mithilfe des Modells für das ökonomische Kapital und des Konzepts der Basler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 gemessen wird. Die folgende Tabelle stellt das Eigenkapital der Bank am 31. März 2004 dar.

Mio. SZR	2004
Aktienkapital	683,9
Statutarische Reserven	8 230,8
Abzüglich: Eigene Aktien	(852,6)
Kernkapital	8 062,1
Gewinn- und Verlustrechnung	536,1
Sonstige Eigenkapitalposten	1 011,8
Eigenkapital insgesamt	9 610,0

Zur Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung werden nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung Quoten verwendet, bei denen das anrechenbare Kapital den risikogewichteten Aktiva gegenübergestellt wird. Die risikogewichteten Aktiva werden durch Anwendung einer Reihe von Risikogewichten (gemäß Basler Eigenkapitalvereinbarung) auf die Aktiva und die Derivate der Bank ermittelt. Die Eigenkapitalquoten der Bank sind infolge des Anteils von Staatspapieren (mit Risikogewicht null) an den Aktiva der Bank hoch. Die Kernkapitalquote der Bank betrug am 31. März 2004 34,7%.

E. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko umfasst folgende Risiken:

Ausfallrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht nachkommt. Es besteht bei finanziellen Vermögenswerten und Derivaten sowie bei fest zugesagten Fazilitäten, die die Bank für Zentralbanken und internationale Organisationen bereitstellt.

Erfüllungsrisko – das Risiko des Scheiterns der Abwicklung oder des Clearing von Finanztransaktionen, wenn der Austausch von Zahlungsmitteln, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten nicht zeitgleich erfolgt.

Transferrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei wegen eingeschränkter Zugangs zu Fremdwährungen nicht in der Lage ist, ihre Fremdwährungsverpflichtungen zu erfüllen.

F. Ausfallrisiko

Die Bank kontrolliert ihr Ausfallrisiko auf der Ebene der Gegenpartei und auf der Portfolioebene. Die eingegangenen Risiken werden mithilfe einer Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder begrenzt. Die Bank führt eine eigene detaillierte, unabhängige Kreditanalyse durch, die in der Zuteilung interner Ratings resultiert. Auf der Grundlage dieser Analyse werden die Kreditlimits festgelegt.

Das Ausfallrisiko in den Wertpapierbeständen der Bank wird durch den sehr liquiden Charakter der meisten Aktiva begrenzt. Wenn das Management der Bank zu dem Schluss kommt, dass eine Gegenpartei ein zu hohes Ausfallrisiko aufweist, werden die Wertpapiere verkauft. Das Ausfallrisiko bei außerbörslichen Derivaten wird mithilfe von Besicherungsvereinbarungen gemindert.

In den nachstehenden Tabellen werden die Kreditrisiken per 31. März 2004 nach Sektor und nach Rating dargestellt.

Risikosektor	%
Staaten	29,0
Finanzinstitute	65,0
Sonstige	6,0
	100,0

Interne Bonitätseinstufung BIZ (ausgedrückt als gleichwertiges langfristiges Rating)	%
AAA	25,1
AA	54,9
A	19,6
BBB+ und tiefer (einschl. Risiken ohne Rating)	0,4
	100,0

G. Erfüllungsrisiko

Die Bank minimiert das Erfüllungsrisiko durch:

- Inanspruchnahme etablierter Clearing-Zentren
- Abwicklung der Transaktionen möglichst erst dann, wenn beide Parteien ihre Verpflichtungen erfüllt haben („Lieferung gegen Zahlung“)
- Nettozahlungsausgleich bei derivativen Finanzinstrumenten, soweit möglich
- Inanspruchnahme von Korrespondenzbanken, die Zahlungen kurzfristig stoppen können
- Berechnung und Begrenzung des Erfüllungsrisikos für einzelne Gegenparteien

H. Transferrisiko

Die Bank nimmt die Berechnung des Transferrisikos und die entsprechende Limitfestlegung auf Länderbasis vor.

I. Marktrisiko

Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Währungsrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Marktrisiken entstehen der Bank hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Die Bank misst das Marktrisiko auf der Basis des VaR-Verfahrens und durch Berechnung der Reagibilität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren. Der VaR drückt die statistische Schätzung des höchstmöglichen Verlusts – unter Annahme eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einem bestimmten Konfidenzniveau – für das aktuelle Portfolio aus.

Das zur Unterlegung des Marktrisikos erforderliche ökonomische Kapital wird auf aggregierter Ebene für alle

Komponenten des Marktrisikos gemessen und gesteuert. Das Management limitiert das Gesamtmarktrisiko der Bank über die Zuweisung entsprechenden ökonomischen Kapitals.

Alle VaR-Modelle sind zwar zukunftsgerichtet, beruhen aber auf historischen Daten und hängen von der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab. Die VaR-Limits werden durch ein System weiterer Limits und Berichtsverfahren ergänzt. Dazu gehören u.a. spezifische Stresstests und eine genaue Überwachung materieller Marktrisikopositionen.

J. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist der potenzielle Effekt von Goldpreisänderungen auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldbestände (192 Tonnen) ausgesetzt. Dieses Gold wird in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2004 machten die Goldbestände rund 18% des Eigenkapitals aus (31. März 2003: 17%). Die Bank kann dem Goldpreisrisiko ferner in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt sein. Das Goldpreisrisiko wird im Rahmen der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das gesamte Marktrisiko gemessen.

K. Währungsrisiko

Das Währungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Änderungen der SZR-Wechselkurse auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Währungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Währungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Währungsrisiken, indem sie ihr Eigenkapital in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und bei den Kundeneinlagen- und Devisengeschäften nur begrenzte Risikopositionen zulässt.

Die folgende Tabelle zeigt die Währungspositionen der Bank am 31. März 2004 nach Bereinigung um ihre eigenen Goldbestände. Diese Währungspositionen betreffen hauptsächlich die Rücknahme von BIZ-Aktien in dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr (Anmerkung 15).

Nettoaktiva Mio. SZR	2004
Schweizer Franken	(655,6)
US-Dollar	297,9
Euro	111,3
Yen	130,9
Pfund Sterling	57,7
Schwedische Krone	54,3
Andere Währungen	3,5

L. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Zinsänderungen auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko hauptsächlich durch

verzinsliche Aktiva im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Diese Aktiva werden mithilfe einer Anleihen-Benchmark mit einem festen Durationsziel verwaltet. Ferner ist die Bank in begrenztem Umfang einem Zinsänderungsrisiko im Zusammenhang mit der Hereinnahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen ausgesetzt. Die Bank überwacht das Zinsänderungsrisiko genau und achtet dabei auch auf die Reagibilität der Marktwerte gegenüber Zinsänderungen. Das Marktrisiko wird mithilfe von ökonomischem Kapital, VaR und auf Stresstests basierenden Limits eingeschränkt.

M. Liquiditätsrisiko

Die Nettoveränderungen der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken und internationalen Organisationen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Marktwert

zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Bedürfnissen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs der Bank betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, bei denen extreme Abzugsszenarien angenommen werden, die weit über den geschätzten potenziellen Liquiditätsbedarf hinausgehen. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die ebenfalls erfüllt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote.

Die folgenden Tabellen zeigen Aktiva und Passiva (einschl. Derivate auf Nettobasis) zu Buchwerten, gegliedert nach vertraglicher Fälligkeit.

Am 31. März 2004	bis 1 Monat	1–3 Monate	4–6 Monate	6–9 Monate	9–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbe- stimmte Laufzeit	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>									
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	18,9	–	–	–	–	–	–	–	18,9
Gold und Goldeinlagen	247,5	315,8	603,0	514,2	532,2	1 397,2	–	5 463,9	9 073,8
Schatzwechsel	5 903,4	15 450,9	6 615,6	908,9	1 361,9	–	–	–	30 240,7
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	21 771,1	64,1	–	–	–	–	–	–	21 835,2
Terminguthaben und Kredite an Banken	31 589,7	16 640,8	15 138,2	3 814,4	979,3	–	–	–	68 162,4
Staats- und andere Wertpapiere	1 785,5	2 948,1	3 085,9	2 164,1	1 533,6	17 661,3	4 304,6	–	33 483,1
Kurzfristige Forderungen	1 602,2	–	–	–	–	3,9	–	3,5	1 609,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	–	–	–	–	190,0	190,0
Insgesamt	62 918,3	35 419,7	25 442,7	7 401,6	4 407,0	19 062,4	4 304,6	5 657,4	164 613,7
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigung rückzahlbare Einlageninstrumente	(4 798,2)	(12 072,9)	(14 572,6)	(5 828,5)	(4 015,2)	(31 727,3)	(3 396,6)	–	(76 411,3)
Sonstige Währungseinlagen	(42 269,9)	(7 438,1)	(6 374,4)	(560,3)	(98,3)	(0,2)	–	–	(56 741,2)
Goldeinlagen	(5 625,0)	(250,5)	(510,1)	(347,5)	(291,7)	(268,7)	–	–	(7 293,5)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	(1 161,2)	(64,1)	–	–	–	–	–	–	(1 225,3)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	(12 169,4)	–	–	–	–	–	–	–	(12 169,4)
Sonstige Passiva	(26,6)	–	–	–	–	–	–	(117,8)	(144,4)
Insgesamt	(66 050,3)	(19 825,6)	(21 457,1)	(6 736,3)	(4 405,2)	(31 996,2)	(3 396,6)	(117,8)	(153 985,1)
Derivative Finanz- instrumente netto	(102,9)	(485,8)	(144,6)	3,2	(100,4)	(109,8)	(78,3)	–	(1 018,6)
Fälligkeitsinkongruenz	(3 234,9)	15 108,3	3 841,0	668,5	(98,6)	(13 043,6)	829,7	5 539,6	9 610,0

Am 31. März 2003	bis 1 Monat	1-3 Monate	4-6 Monate	6-9 Monate	9-12 Monate	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbe- stimmte Laufzeit	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>									
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtungsguthaben bei Banken	4 300,7	-	-	-	-	-	-	-	4 300,7
Gold und Goldeinlagen	317,8	330,8	480,7	273,9	289,4	1 315,2	-	4 534,1	7 541,9
Schatzwechsel	4 031,4	10 324,1	5 410,0	345,6	613,4	-	-	-	20 724,5
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	12 255,0	-	-	-	-	-	-	-	12 255,0
Terminguthaben und Kredite an Banken	17 174,8	16 553,4	14 615,0	7 071,4	3 281,9	31,7	-	-	58 728,2
Staats- und andere Wertpapiere	2 193,7	4 476,8	2 174,8	3 179,2	4 836,7	17 311,4	4 560,0	-	38 732,6
Kurzfristige Forderungen	3 164,8	-	-	-	-	4,4	-	4,7	3 173,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	-	-	-	-	-	-	-	196,4	196,4
Insgesamt	43 438,2	31 685,1	22 680,5	10 870,1	9 021,4	18 662,7	4 560,0	4 735,2	145 653,2
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1-2 Tagen Kündigung rückzahlbare Einlageninstrumente	(5 972,5)	(8 427,6)	(8 054,3)	(6 984,9)	(6 420,8)	(35 809,2)	(1 756,9)	-	(73 426,2)
Sonstige Währungseinlagen	(30 886,4)	(8 174,8)	(7 073,0)	(1 118,3)	(1 402,7)	(437,6)	-	-	(49 092,8)
Goldeinlagen	(4 802,8)	(291,0)	(321,8)	(153,0)	(242,4)	(211,6)	-	-	(6 022,6)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	(73,2)	-	-	-	-	-	-	-	(73,2)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	(8 242,3)	-	-	-	-	-	-	-	(8 242,3)
Sonstige Passiva	(288,9)	-	-	(207,0)	-	-	-	(103,4)	(599,3)
Insgesamt	(50 266,1)	(16 893,4)	(15 449,1)	(8 463,2)	(8 065,9)	(36 458,4)	(1 756,9)	(103,4)	(137 456,4)
Derivative Finanzinstrumente netto	10,3	116,6	(80,3)	(114,4)	(35,1)	1 061,6	(226,7)	-	732,0
Fälligkeitsinkongruenz	(6 817,6)	14 908,3	7 151,1	2 292,5	920,4	(16 734,1)	2 576,4	4 631,8	8 928,8

N. Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko umfasst das Risiko, dass der Bank durch die folgenden Faktoren Verluste und/oder Reputationsschäden erwachsen:

- Abläufe (eine interne Regelung oder ein Ablauf ist unzulänglich, schlecht konzipiert oder ungeeignet bzw. wird nicht richtig verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt)
- Personen (z.B. ungenügend Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben)
- Systeme (Hardware, Software-Anwendungen, Betriebssysteme oder die Infrastruktur sind schlecht konzipiert, ungeeignet, unzulänglich, nicht verfügbar, fallen aus oder funktionieren nicht wie geplant)
- externe Ereignisse (Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat)

Risikoereignisse können zu einem Verlust führen oder dem Ruf der Bank schaden. Sie können verschiedene Ursachen

haben, wie z.B. Betrug, Informationsmanagement, Beschäftigung und Kultur, Sicherheit, Ablaufmanagement und -ausführung, Beziehungen zu Dritten und Technologie.

Die Bank handhabt das operationelle Risiko mittels interner Kontrollen, wie Regeln, Verfahren, Praktiken und Organisationsstrukturen, mit deren Hilfe hinreichend sichergestellt werden soll, dass Risikoereignisse verhindert oder zumindest möglichst frühzeitig entdeckt werden, sodass der Schaden begrenzt werden kann. Die Bank stellt für das operationelle Risiko ökonomisches Kapital auf der Basis eines statistischen Modells bereit.

31. Auswirkungen von Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Änderung der Währung des Aktienkapitals

Die Ablösung des Goldfrankens als Berichtswährung der Bank durch das SZR mit Wirkung vom 1. April 2003 erforderte eine Umwandlung der Goldfranken-Beträge, auf die das Kapital der Bank vorher lautete, in SZR. Die

außerordentliche Generalversammlung der Bank vom 10. März 2003 beschloss, den Nominalwert der Aktien der Bank vom exakten Umrechnungsbetrag (SZR 5 696 am 31. März 2003) auf SZR 5 000 abzurunden. Damit reduzierte sich das Aktienkapital der Bank zum 31. März 2003 um 12,2%, und der Überschuss von SZR 92,1 Mio. wurde vom Aktienkapital auf die Reservefonds der Bank übertragen. Für das Eigenkapital der Bank hatte diese Änderung keine Folgen. Die Anpassungen im Eigenkapital sind in Abschnitt C weiter unten dargestellt.

B. Umwandlung und Neuberechnung der Bilanz der Bank

Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, wie die Zahlen im publizierten geprüften Goldfranken-Jahresabschluss vom 31. März 2003 in SZR umgewandelt und entsprechend

den geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden neu berechnet wurden. Die Bilanz vom 31. März 2003 zeigt die Zahlen nach Verwendung des Reingewinns des Geschäftsjahres, in denen auch die Vorjahreszuweisung von GFr. 1 639,4 Mio. an die statutarischen Reserven, die von der ordentlichen Generalversammlung von 2003 genehmigt wurde, berücksichtigt ist.

Anmerkungen zur Umwandlung und Neuberechnung der Bilanz der Bank

1. Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen der publizierten geprüften Goldfranken-Bilanz vom 31. März 2003 vor Verwendung des Reingewinns.
2. Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen den Goldfranken-Zahlen von Spalte 1, umgerechnet in SZR zum Kurs des Bilanzstichtages: SZR 1 = GFr. 0,7072146 (SZR 1 = USD 1,3730456). Der Reingewinn von GFr. 362,0 Mio. ist der statutarische Reingewinn der Bank, wie er sich aus

Spalte/Anmerkung	Bilanz	Umgerechnet in SZR	Neu- bewertungen	Neu- zuordnungen	Umstellung auf Handels- datum	Bilanz
	Mio. GFr.					Mio. SZR
	1	2	3	4	5	6
Aktiva						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	3 041,5	4 300,7	-	-	-	4 300,7
Gold und Goldeinlagen	3 299,6	4 665,6	2 876,3	-	-	7 541,9
Schatzwechsel	14 027,3	19 834,6	0,5	-	889,4	20 724,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	5 302,2	7 497,3	-	-	4 757,7	12 255,0
Terminguthaben und Kredite an Banken	40 209,1	56 855,6	48,4	-	1 824,2	58 728,2
Staats- und andere Wertpapiere	26 791,0	37 882,4	737,5	-	112,7	38 732,6
Derivative Finanzinstrumente	-	-	3 966,1	-	-	3 966,1
Kurzfristige Forderungen	21,7	30,7	-	-	3 143,2	3 173,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	138,9	196,4	-	-	-	196,4
Aktiva insgesamt	92 831,3	131 263,3	7 628,8	-	10 727,2	149 619,3
Passiva						
Währungseinlagen	83 759,4	118 435,6	1 596,0	-	2 487,4	122 519,0
Goldeinlagen	2 638,4	3 730,7	2 291,9	-	-	6 022,6
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	51,8	73,2	-	-	-	73,2
Derivative Finanzinstrumente	-	-	3 234,1	-	-	3 234,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-	-	-	-	8 242,3	8 242,3
Sonstige Passiva	960,6	1 358,4	(759,5)	-	-	598,9
Passiva insgesamt	87 410,2	123 597,9	6 362,5	-	10 729,7	140 690,1
Eigenkapital						
Aktienkapital	330,7	467,6	285,9	(92,1)	-	661,4
Statutarische Reserven	4 947,2	6 995,3	577,2	(49,8)	-	7 522,7
Gewinn- und Verlustrechnung	362,0	511,9	66,0	-	(2,5)	575,4
Eigene Aktien	(522,7)	(739,1)	-	-	-	(739,1)
Sonstige Eigenkapitalposten	-	-	337,2	571,6	-	908,8
Währungsumrechnungskonto	303,9	429,7	-	(429,7)	-	-
Eigenkapital insgesamt	5 421,1	7 665,4	1 266,3	-	(2,5)	8 929,2
Passiva und Eigenkapital insgesamt	92 831,3	131 263,3	7 628,8	-	10 727,2	149 619,3

den früheren Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ergibt. In der vorstehenden Tabelle ist diese Zahl zum Kurs vom 31. März 2003 in SZR umgerechnet. Die Umwandlung und Neuberechnung der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ist in Abschnitt D weiter unten dargestellt.

3. Die Anpassungen in dieser Spalte betreffen im Wesentlichen folgende Neubewertungen:

Gold und Goldeinlagen werden zum Marktwert von SZR 244,11 (USD 335,18) je Unze am 31. März 2003 statt zum Goldfranken-Gegenwert von USD 208 bewertet.

Finanzinstrumente in Währungen werden zum Marktwert statt zu fortgeführten historischen Anschaffungskosten bewertet. Die unrealisierten Gewinne auf Anlagepapieren wurden auf die Wertpapierbewertungsreserve (unter „Sonstige Eigenkapitalposten“) übertragen.

Derivative Finanzinstrumente werden zum Bruttomarktwert bewertet statt zu fortgeführten historischen Anschaffungskosten, die als Nettowert in den Passiva enthalten waren.

4. Die Beträge in dieser Spalte umfassen:

Die Anpassung des Aktienkapitals der Bank infolge der Abrundung des Nominalwerts der Aktien vom exakten Umrechnungsbetrag (SZR 5 696) auf SZR 5 000. Der Überschuss von SZR 92,1 Mio. wurde vom Aktienkapital auf den Freien Reservefonds übertragen. Für

das Eigenkapital der Bank hatte diese Änderung keine Folgen.

Die Übertragung des Saldos des Währungsumrechnungskontos auf die Reserven infolge der Änderung der Bilanzierungsmethode der Bank für Währungsumrechnungsdifferenzen.

Die Umbuchung der Differenz aus dem höheren Marktwert der eigenen Goldbestände der Bank von SZR 244,11 (USD 335,18) je Unze und dem vorherigen Wert von USD 208 je Unze von den statutarischen Reserven zur Goldbewertungsreserve.

5. Die Zahlen in dieser Spalte beziehen sich auf die Anpassung, die sich daraus ergibt, dass Aktiva und Passiva der Bank nicht mehr auf der Basis des Valutadatums, sondern auf der Basis des Handelsdatums bilanziert werden.

6. Die Zahlen in dieser Spalte sind die endgültigen SZR-Werte der Bilanz; sie entsprechen der Summe der Zahlen in den Spalten 2 bis 5.

C. Umwandlung und Neuberechnung der statutarischen Reserven der Bank

Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, wie das Eigenkapital der Bank im publizierten geprüften Goldfranken-Jahresabschluss vom 31. März 2003 (genehmigt von der ordentlichen Generalversammlung vom 30. Juni 2003) in SZR umgewandelt und entsprechend den geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden neu berechnet wurde.

Spalte/Anmerkung	Bilanz	Umgerechnet in SZR	Neu- bewertungen	Neu- zuordnungen	Bilanz
	Mio. GFr.				Mio. SZR
	1	2	3	4	5
Gesetzlicher Reservefonds	33,1	46,8	19,3	-	66,1
Allgemeiner Reservefonds	1 494,5	2 113,2	266,5	-	2 379,7
Besonderer Dividenden-Reservefonds	74,5	105,3	-	-	105,3
Freier Reservefonds	3 345,1	4 730,0	291,4	(49,8)	4 971,6
Statutarische Reserven insgesamt	4 947,2	6 995,3	577,2	(49,8)	7 522,7

Anmerkungen zur Umwandlung und Neuberechnung der statutarischen Reserven der Bank

- Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen der publizierten geprüften Goldfranken-Bilanz vom 31. März 2003 vor Verwendung des Reingewinns.
- Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen den Goldfranken-Zahlen von Spalte 1, umgerechnet in SZR zum Kurs des Bilanzstichtages: SZR 1 = GFr. 0,7072146 (SZR 1 = USD 1,3730456).
- Die Zahlen in dieser Spalte betreffen die Neubewertungen von Gold und Goldeinlagen (verbucht im Gesetzlichen und im Allgemeinen Reservefonds) und von Finanzinstrumenten (verbucht im Freien Reservefonds). Näheres hierzu weiter oben in Abschnitt B, Anmerkung 3 zur Neuberechnung der Bilanz.
- Der Betrag in dieser Spalte umfasst:

Die Anpassung des Aktienkapitals der Bank infolge der Abrundung des Nominalwerts der Aktien vom exakten Umrechnungsbetrag (SZR 5 696) auf SZR 5 000. Der Überschuss von SZR 92,1 Mio. wurde vom Aktienkapital auf den Freien Reservefonds übertragen.

Die Übertragung des Saldos des Währungsumrechnungskontos auf die Reserven infolge der Änderung der Bilanzierungsmethode der Bank für Währungsumrechnungsdifferenzen.

Die Umbuchung der Differenz aus dem höheren Marktwert der eigenen Goldbestände der Bank von SZR 244,11 (USD 335,18) je Unze und dem vorherigen Wert von USD 208 je Unze von den statutarischen Reserven zur Goldbewertungsreserve.

5. Die Zahlen in dieser Spalte sind die endgültigen SZR-Werte der Bilanz; sie entsprechen der Summe der Zahlen in den Spalten 2 bis 4.

D. Umwandlung und Neuberechnung der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank

Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, wie die Zahlen in der publizierten geprüften Gewinn- und Verlustrechnung in Goldfranken für das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr (genehmigt von der ordentlichen General-

versammlung vom 30. Juni 2003) in SZR umgewandelt und entsprechend den geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden neu berechnet wurden. Die in der unten stehenden Tabelle verwendeten Bezeichnungen für die einzelnen Posten sind der letztjährigen Gewinn- und Verlustrechnung entnommen. In der diesjährigen Gewinn- und Verlustrechnung sind die Posten neu benannt worden.

Spalte/Anmerkung	Gewinn- und Verlust- rechnung <i>Mio. GFr.</i>	Umgerechnet in SZR	Neu- bewertungen	Umstellung auf Handels- datum	Neu- zuordnung	Gewinn- und Verlust- rechnung <i>Mio. SZR</i>
	1	2	3	4	5	6
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	359,2	525,4	66,0	(2,5)	9,4	598,3
Abzüglich: Verwaltungskosten	(98,3)	(142,3)	-	-	-	(142,3)
Betriebsgewinn	260,9	383,1	66,0	(2,5)	9,4	456,0
Gewinn aus Verkauf von Anlagepapieren	108,2	156,4	-	-	(9,4)	147,0
Zurückgenommene Aktien – Zinsen infolge Schiedsurteil	(7,1)	(10,2)	-	-	-	(10,2)
Reingewinn für das Geschäftsjahr	362,0	529,3	66,0	(2,5)	-	592,8
Anpassung an den Wechselkurs des Bilanzstichtages						(17,4)
Saldo Gewinn- und Verlustrechnung						575,4

Anmerkungen zur Umwandlung und Neuberechnung der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank

- Die Zahlen in dieser Spalte sind der publizierten geprüften Gewinn- und Verlustrechnung in Goldfranken für das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr entnommen.
- Die SZR-Gegenwerte sind aus den Goldfranken-Zahlen in Spalte 1 abgeleitet, umgerechnet zum durchschnittlichen Wechselkurs des Geschäftsjahres.
- Die Anpassung in dieser Spalte entspricht der Veränderung der unrealisierten Nettogewinne infolge der Verbuchung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und der derivativen Finanzinstrumente in der Gewinn- und Verlustrechnung zum Marktwert.
- Diese Zahl entspricht dem kleinen Gewinn, der dadurch entstanden ist, dass die Veränderungen des Marktwerts der Aktiva, Passiva und derivativen Instrumente der Bank auf der Basis des Handelsdatums anstelle des Valutadatums erfasst werden.
- Diese Spalte entspricht der veränderten Zuordnung von Bewertungsgewinnen auf derivativen Instrumenten nach der Einführung der neuen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank.
- Die Zahlen in dieser Spalte sind die endgültigen SZR-Werte der Gewinn- und Verlustrechnung; sie entsprechen der Summe der Zahlen in den Spalten 2 bis 4.

E. Währungsumrechnungen

In der Tabelle „Veränderungen des Eigenkapitals der Bank“ auf S. 215 wird für das am 31. März 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr ein negatives Währungsumrechnungsergebnis von SZR 275,8 Mio. ausgewiesen. Zu dieser Entwicklung kam es, weil der Anteil der Finanzanlagen der

Bank (ohne Gold und Goldeinlagen) in US-Dollar (67% am 31. März 2002) höher war als der Anteil des US-Dollars am SZR-Währungskorb (rund 46%) und der US-Dollar während des Geschäftsjahres gegenüber dem SZR rund 10% an Wert einbüßte.

Vor dem 1. April 2003 entsprach der in den einzelnen Währungen investierte Anteil der Finanzanlagen mehr oder weniger der relativen Bedeutung der wichtigsten Währungen in den internationalen Währungsreserven und Finanzgeschäften. Die Wechselkursschwankungen, die sich aus diesem passiven Risikomanagement-Verfahren für das Währungsrisiko ergaben, schlugen sich in einem Eigenkapitalkonto, dem Währungsumrechnungskonto, nieder.

Parallel zur Ablösung des Goldfrankens durch das SZR als Berichtswährung änderte die Bank ihre Grundsätze und glich die Währungszusammensetzung ihrer Finanzanlagen (ohne Gold und Goldeinlagen) an die des SZR-Korbs an. Aufgrund der Rücknahme von BIZ-Aktien in dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr besteht eine vorübergehende Ausnahme von diesem Grundsatz, solange diese Aktien vom Verwaltungsrat nicht neu zugeteilt worden sind (Anmerkung 31).

Das negative Währungsumrechnungsergebnis ist daher beim Eigenkapital verbucht und nicht dem Reingewinn belastet worden, da es auf die Änderung der Berichtswährung am 1. April 2003 zurückzuführen ist und nicht das Geschäftsergebnis der Bank widerspiegelt.

32. Ereignis nach dem Bilanzstichtag

Neben dem Verfahren vor dem Haager Schiedsgericht, das zum endgültigen Schiedsurteil vom 19. September 2003 führte (Anmerkung 15), hatte die Rücknahme der von Privataktionären gehaltenen BIZ-Aktien eine Klage einer

Gruppe ehemaliger Privataktionäre vor dem Handelsgericht in Paris zur Folge. Das Gericht fällte im März 2003 eine Vorentscheidung (ohne inhaltlich auf die Klage einzugehen), wonach es für die Beurteilung von Ansprüchen auf Erhöhung der Entschädigung zuständig sei. Die Bank hat vor dem Pariser Appellationsgericht Berufung gegen diese Verfahrensentscheidung eingelegt und vorgebracht, dass das Schiedsgericht in Den Haag in dieser Sache allein zuständig sei. Am 25. Februar 2004 fällte das Pariser Appellationsgericht eine Entscheidung

zugunsten der BIZ und hielt fest, das Handelsgericht in Paris sei für solche Forderungen nicht zuständig. Im April 2004 strengten einige der an der ursprünglichen Klage beteiligten ehemaligen Privataktionäre ein Verfahren vor dem französischen Kassationsgericht an, in dem sie die Aufhebung der Entscheidung des Appellationsgerichts in der Zuständigkeitsfrage anstreben. Die Bank erachtet diese Klage als unbegründet und hat dementsprechend keine gesonderte Rückstellung für diese Forderungen gebildet.

Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (S. 212 bis 233) geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Direktion der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ wiedergegebenen Grundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Unsere Abschlussprüfung umfasste die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen und sonstigen Angaben. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind. Wir sind der Ansicht, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Nach unserer Auffassung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; damit entspricht er den Statuten der Bank.

PricewaterhouseCoopers AG

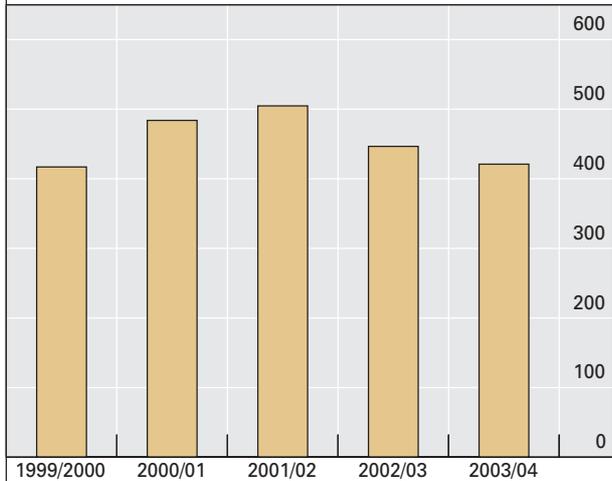
Anthony W. Travis

Albert Schönenberger

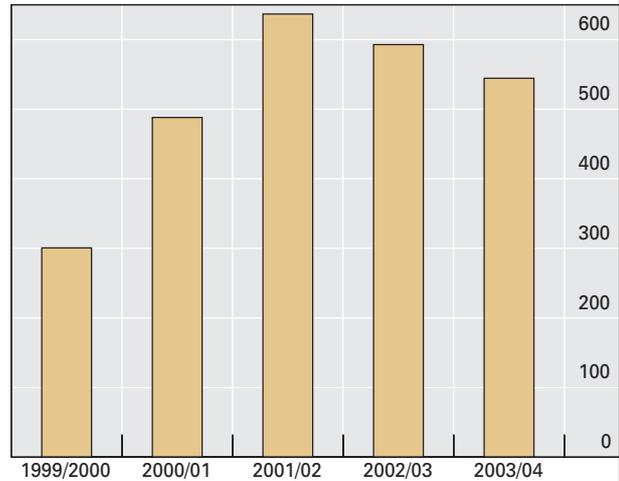
Basel, 10. Mai 2004

5-Jahres-Überblick

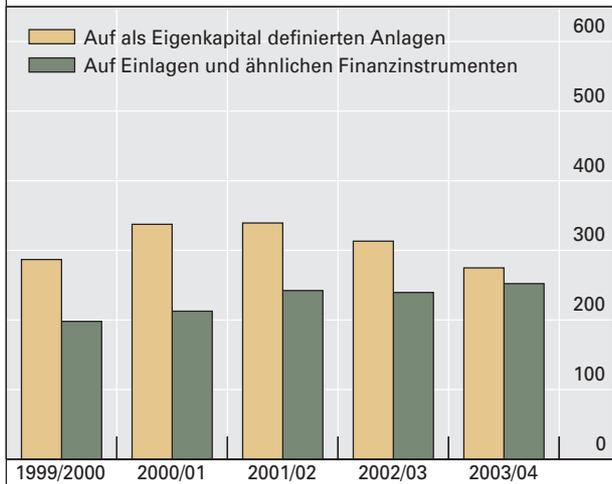
Operativer Gewinn
Mio. SZR



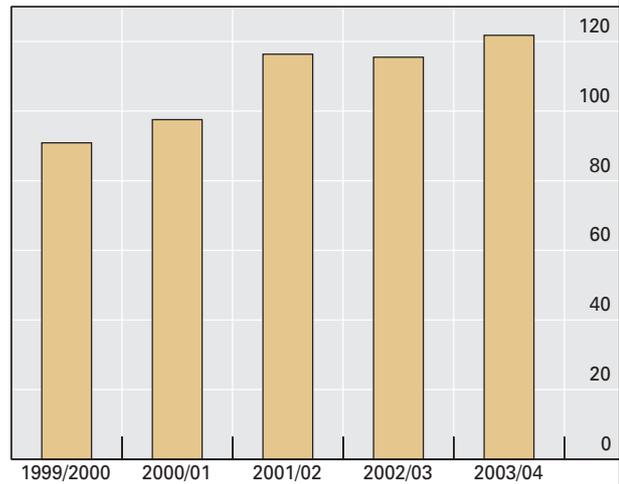
Reingewinn
Mio. SZR



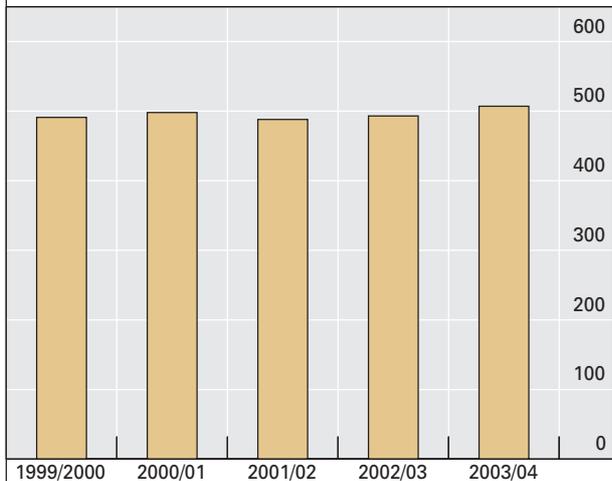
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen
Mio. SZR



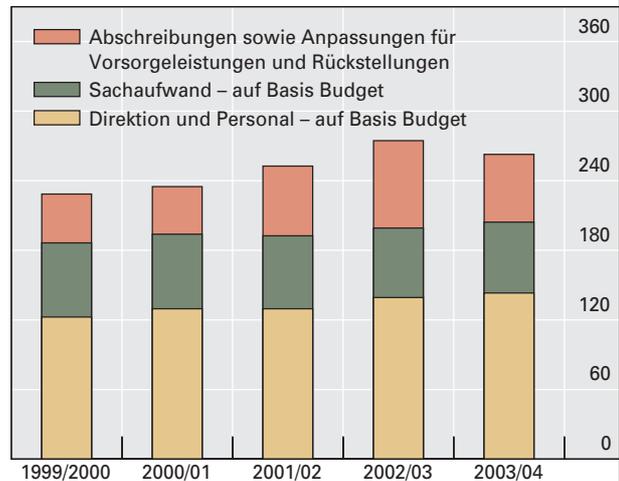
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Valutadatum, periodengerecht abgegrenzt)
Mrd. SZR



Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte
In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand
Mio. CHF



Anmerkung: Die Finanzdaten für die Jahre vor 2002/03 beruhen auf bestmöglichen Schätzungen.

